

Europa in der Krise

**Eine sozialistische Kritik
der EU**

Die Autoren

Wolfram Klein lebt in Plochingen bei Stuttgart. Er ist Mitglied des SAV Bundesvorstands und aktiv in der LINKEN und der Bewegung gegen Stuttgart 21. Er ist Autor verschiedener Bücher und Broschüren, unter anderem zur Geschichte der Russischen Revolution, zu Leben und Werk von Antonio Gramsci und Malcolm X und zur Kapital-Rezeption von Michael Heinrich.

Claus Ludwig lebt in Köln. Er war von 2004 bis 2014 Mitglied des Rats der Stadt Köln, ist aktiv in der Partei DIE LINKE, Mitglied des Bundesvorstands der SAV und der Gewerkschaft ver.di sowie Betriebsrat im öffentlichen Dienst. Er schreibt regelmäßig Beiträge für Solidarität-Sozialistische Zeitung und sozialismus.info.

Sascha Stanicic lebt in Berlin. Er ist verantwortlicher Redakteur des Magazins sozialismus.info und Bundessprecher der SAV. Er ist aktiv in der Partei DIE LINKE und gewerkschaftlichen Solidaritätskampagnen. 2011 verfasste er das Buch „Anti-Sarrazin“.

Impressum

Herausgegeben von der Sozialistische Alternative – SAV im April 2014

V.i.S.d.P.: Sascha Stanicic

Satz: Holger Dröge, Umschlag: Claus Ludwig

Druck: www.druckterminal.de

KDD Kompetenzzentrum Digital-Druck GmbH

Leopoldstraße 68 * D-90439 Nürnberg

Sozialistische Alternative – SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

Telefon: (030) 24 72 38 02, Email: info@sav-online.de

www.sozialismus.info

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
Was ist die EU?.....	6
Diskussion vor 100 Jahren.....	6
EGKS, Euratom, EWG.....	8
Von der EWG zur EU.....	9
Grenzen der kapitalistischen Vereinigung.....	10
Undemokratisch.....	11
Wie das deutsche Kapital vom Euro profitiert.....	14
Der Euro wirkt nach innen.....	15
Schröders Agenda 2010.....	16
Haltung des deutschen Kapitals.....	18
Europa unter Merkel.....	20
Sozialer Terror gegen die Arbeiterklasse.....	23
Die Troika tötet.....	25
Spanien: „Brot, Jobs, Wohnungen für alle“	25
Irland über dem Berg?.....	26
Italien und Portugal.....	27
Krise der bürgerlichen Demokratie.....	28
Ursachen der Euro-Krise.....	32
„Finanzmarktkapitalismus“.....	33
Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007.....	35
Der Euro verschärft die Konkurrenz.....	36
Die griechische Staatsschuldenkrise.....	38
Von der Staatsschuldenkrise zur Euro-Krise.....	38
Kaputt gekürzt.....	41
Krisenprofiteure.....	43
Fehlerkorrektur möglich?.....	44
DIE LINKE und die EU.....	45
Lösung im Rahmen des Systems?.....	47
Euro-Bonds und EZB-Kreditvergabe.....	49
Und der Euro?.....	51
Ein sozialistisches Programm für Europa.....	56
Gemeinsam kämpfen.....	57
Nein zum Verzicht – für ein besseres Leben.....	59
Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?.....	60
Rettungsprogramm für Menschen statt für Banken.....	61
Zusammenbruch des Finanzsystems durch Schuldenstreichung?.....	63
Konsequent sein – Kapitalismus abschaffen.....	65

VORWORT

Wenn es um Europa geht, scheinen die Dinge auf dem Kopf zu stehen: Pro-kapitalistische Politiker geben sich weltoffen und geradezu internationalistisch und linke EU-KritikerInnen werden als rückwärtsgewandt und nationalistisch gebrandmarkt. Dürfen Linke gegen die EU sein? Und was ist die Alternative zu ihr?

Mit dieser Broschüre wollen wir dazu Analysen und Antworten aus marxistischer Perspektive anbieten. Wir beschäftigen uns mit Geschichte und Charakter der EU und vertreten die These, dass sie eine kapitalistische Institution ist, die nicht im Interesse der Bevölkerungsmehrheit reformiert werden kann. Wir untersuchen die Euro-Krise und stellen die Perspektive auf, dass diese nicht vorbei ist, sondern die Gemeinschaftswährung auf Dauer keinen Bestand haben kann. Wir machen Vorschläge, wie die Linke und die Arbeiterbewegung mit dem Thema Europa umgehen, welche Strategien sie einschlagen sollte. Und wir schlagen ein sozialistisches Programm zur Lösung der Krise vor.

Gerade für die Partei DIE LINKE ist die Haltung zur EU eine wichtige Frage. Deshalb haben wir ihr ein ganzes Kapitel gewidmet. SAV-Mitglieder sind aktiv in der Partei und treten für eine EU-kritische und konsequent sozialistische Positionierung ein. Eine solche lässt die Parteiführung bisher vermissen, was ein Faktor dafür ist, dass rechtskonservative EU-KritikerInnen wie die Alternative für Deutschland (AfD) einen gewissen Zulauf haben.

EU-Kritik ist nicht nationalistisch. Tatsächlich untergräbt diese kapitalistische EU selber eine wirkliche Vereinigung Europas. Eine solche wird nur von unten durchgesetzt werden können – gegen die mächtigen Kapitalinteressen der Banken und Konzerne. Der erste Schritt in diese Richtung ist der Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialkürzungen und Privatisierungen. Nötig ist vor

allem die Solidarität mit den Bewegungen in den besonders von der Krise betroffenen Ländern, die unter dem Diktat der Troika gegen die Zerstörung ihrer Gesellschaften kämpfen.

Für die Texte dieser Broschüre wurden auch schon veröffentlichte Artikel verwendet. Darunter auch ein Artikel unseres 2011 verstorbenen Genossen Gaétan Kayitare, der einen wichtigen Beitrag zur europapolitischen Positionierung der SAV geleistet hat.

Wir rufen alle Leserinnen und Leser auf, selbst aktiv zu werden und sich am Kampf gegen die kapitalistische EU und für ein sozialistisches Europa zu beteiligen.

Berlin, am 11. April 2014

Sascha Stanicic

WAS IST DIE EU?

In der politischen Linken und den Gewerkschaften scheiden sich an der Europäischen Union (EU) die Geister. Nach der einen Lesart wurde die europäische Einigung aus dem Entsetzen der Menschen in Europa über die Zerstörungen von zwei Weltkriegen und dem festen Willen geboren, dass sich so etwas nie wiederholen dürfe. Erst in den letzten Jahrzehnten sei dieses Friedensprojekt auf Abwege einer neoliberalen Politik geraten, könne aber wieder auf den richtigen Weg zurückgebracht werden.

Nach der anderen Lesart war die europäische Einigung von Anfang an ein Projekt der Herrschenden, sie war nie im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch wenn die EU in den letzten Jahrzehnten zweifellos neoliberaler und marktradikaler geworden ist.

Diskussion vor 100 Jahren

Diese Auseinandersetzung setzt im Grunde eine Diskussion unter SozialistInnen in Deutschland und international zu Beginn des 20. Jahrhunderts fort, ob sie für die “Vereinigten Staaten von Europa” eintreten sollen oder nicht.

Am 3. April 1911 sagte der SPD-Abgeordnete Georg Ledebour in der Haushaltsdebatte des Reichstags:

„Wir fordern den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss der europäischen Staaten. Ich bin fest überzeugt: wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch auch schon früher dazu kommen, dass wir die Vereinigten Staaten von Europa erleben, wie wir heutigentags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die

Forderung, dass sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schritten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“¹

Und der „marxistische“ SPD-Cheftheoretiker Karl Kautsky schwärmte gar:

„Für eine ständige Fortdauer des Friedens, die das Gespenst des Krieges für immer bannte [...] gibt es heute nur einen Weg: die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer — die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa. Gelänge dies, so wäre Ungeheures erreicht. Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Übermacht, dass sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschließen, dazu zwingen, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben.“²

Ledebour sprach offen aus, dass ein Zweck der geforderten europäischen Einigung der Konkurrenzkampf gegen die USA war. Genau das war einer der Gründe für konsequente SozialistInnen eine kapitalistische Einigung Europas abzulehnen. So kritisierte Rosa Luxemburg:

„Und die Losung des europäischen Zusammenschlusses kann objektiv innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wirtschaftlich einen Zollkrieg mit Amerika und politisch einen kolonialpatriotischen Rassenkampf bedeuten. Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die 'gelbe Gefahr', gegen den 'schwarzen Weltteil', gegen die 'minderwertigen Rassen', kurz, es war stets eine imperialistische Missgeburt.“³

Neben der Konkurrenz mit den USA prangerte sie einen anderen Zweck der kapitalistischen Einigung Europas an: die gemeinschaftlich betriebene Ausbeutung der Kolonien, das heißt der Länder, die man heute meist „Dritte Welt“ nennt.

Vier Jahre später folgerte der russische Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexportes und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“⁴

Der reaktionäre Charakter der Versuche, Europa zu einigen, zeigte sich im Ersten und im Zweiten Weltkrieg. Denn diese waren nichts anderes als der Versuch der deutschen herrschenden Klasse, Europa unter ihrer Führung und unter ihrer Knute zu vereinigen. Die Versuche scheiterten. Seit den 1950er Jahren sind wir Zeuge eines friedlichen europäischen Vereinigungsprozesses. Dass dieser jemals zu einer tatsächlichen staatlichen Einheit des Kontinents führen wird, ist nicht zu

erwarten. Ob die Herrschenden Europas selber daran glauben, eine solche Einigung friedlich zu erreichen ist zweifelhaft. Jedenfalls spricht es Bände, dass die bekannteste vergebene Auszeichnung für Verdienste um die europäische Einigung ausgerechnet der Karlspreis der Stadt Aachen ist – benannt nach Karl dem Großen, dessen europäische Einigungspolitik der in Blut getränkte Eroberungszug des fränkischen Reichs war.

EGKS, Euratom, EWG

Wie sah die europäische Einigung aus, die nach dem Zweiten Weltkrieg real begann? Sicher gab es bei Millionen Menschen ehrliche Wünsche nach Völkerverständigung. Aber der Motor der europäischen Einigung waren knallharte wirtschaftliche Interessen. 1923 hatte der russische Revolutionär Leo Trotzki analysiert, dass der Erste Weltkrieg zeigte, dass der Nationalstaat zur Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden war.⁵ Im 19. Jahrhundert war die Kleinstaaterei zur Fessel für die Entwicklung geworden. Es kam z.B. zur Herausbildung eines deutschen Nationalstaats. Jetzt wurden auch diese Nationalstaaten zu eng für die weitere Entwicklung.

1952 gründeten Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten und Deutschland die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion). Ihr Ziel war der möglichst effektive Aufbau der Kohle- und Stahlindustrie in Westeuropa (damals noch der wichtigste Wirtschaftszweig). Dabei ging es nicht um den Weltfrieden. Im Gegenteil war die Montanunion auch ein Mittel zur Stärkung des anti-sowjetischen Blocks im beginnenden Kalten Krieg zwischen dem kapitalistischen Westen und der Sowjetunion. Immerhin waren ab 1955 alle sechs EGKS-Länder auch in der NATO.

Die europäische Einigung hatte zudem eine ideologische Dimension. Nach dem Krieg war Millionen in Europa die Verantwortung des Kapitalismus für Krieg und Faschismus klar. Selbst die CDU bekannte sich 1946 zum Sozialismus. Um den Kapitalismus zu retten, brauchte es auch ein positives Zukunftsbild im Rahmen des Systems.

1957 wurde die EGKS in den Römischen Verträgen um die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ergänzt. Mitgliedsstaaten waren die gleichen sechs Länder wie bei der EGKS. Ziel waren der Aufbau der Atomenergie bzw. Abbau und dann Abschaffung der Binnenzölle, sowie eine gemeinsame Zoll- und Handelspolitik gegenüber Drittstaaten. Dabei war die Einigung keineswegs eine Erfolgsstory. Es gab Meinungsverschiedenheiten über die Ausgestaltung: Welche Mitglieder sollten noch aufgenommen

werden? Sollte es um die Schaffung gemeinsamer Institutionen gehen oder um Verträge zwischen souveränen Staaten? Dahinter steckte, dass die verschiedenen Regierungen sich oft von den gleichen Maßnahmen entgegengesetzte Effekte erhofften: Der französische Imperialismus hoffte, die wirtschaftlich überlegene deutsche Konkurrenz durch Verträge und gemeinsame Institutionen unter Kontrolle halten zu können. Der deutsche Imperialismus hoffte, seine Überlegenheit erst so richtig ausspielen zu können.

Dabei war die europäische Einigung keineswegs ein geradliniger Prozess. Ein erster Anlauf zu einer gemeinsamen Währung scheiterte in den 1970er Jahren. In den 1980ern machte die EU vor allem durch das Gefeilsche um Beitragszahlungen von sich reden. Die britische Premierministerin Thatcher bewies damals ein beachtliches Talent als Erpresserin. In den Medien wurde über “Eurosklerose” gejamert oder gespottet.

Von der EWG zur EU

Seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nahm die europäische Einigung dann einen erstaunlichen Aufschwung. Es gab weitere Schritte zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts. Die Europäische Union (EU) wurde gegründet (d.h. die in Europäische Gemeinschaft umbenannte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde durch eine “Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik” und Zusammenarbeit bei Polizei und Einwanderungspolitik ergänzt). Die Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, wurde beschlossen. Die EU wurde um eine ganze Reihe Länder vor allem Osteuropas ergänzt.

Das hieß aber nicht, dass die Konkurrenz unter den EU-Mitgliedsländern aufgehört hätte. Sie wurde nur ergänzt und in den Hintergrund gedrängt durch den gemeinsamen Kampf gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in der EU (und außerhalb). Während vorher die EWG bzw. EG vor allem die Politik der Nationalstaaten koordiniert hatte, wurde die EU jetzt gezielt als Rammbock eingesetzt, um neoliberale Politik durchzusetzen, um mühsam erkämpfte Errungenschaften der Arbeiterbewegung (aber auch der Umweltbewegung und von VerbraucherschützerInnen) wieder zu beseitigen.

Einer der Hebel dabei war der Euro. Dabei ging es nicht darum, dass wir im Urlaub kein Geld mehr wechseln müssen (tatsächlich führt die Sozialkahl-schlags-Politik der EU dazu, dass sich immer mehr Menschen keinen Urlaub im Ausland mehr leisten können). Es ging vor allem darum, dass die Länder Südeuropas nicht mehr durch Währungsabwertung ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland herstellen können und ihnen nur noch Lohnkürzungen und Sozial-

kahlschlag bleiben. Nach außen ging es um den Konkurrenzkampf mit den USA, konkret darum, mit dem Euro den US-Dollar als Weltreservewährung herauszufordern.

Grenzen der kapitalistischen Vereinigung

Wir sind Zeuge eines scheinbar unendlichen Einigungsprozesses, der keine Perspektive auf Abschluss hat. Tatsächlich wurden die gegensätzlichen nationalen Interessen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten nicht überwunden und können nicht überwunden werden. Die erfolglosen Versuche der Kapitalisten, Europa zu vereinigen, drücken den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte über die Grenzen des Nationalstaats hinaus und die gleichzeitige Unfähigkeit des Kapitalismus diese nationalstaatlichen Grenzen zu überwinden, aus.

Genauso unfähig ist der Kapitalismus, seine Krisenhaftigkeit zu überwinden. Mit jeder Krise nehmen aber auch die Zentrifugalkräfte innerhalb der EU zu. Jeder Schritt zur weiteren Vertiefung der Integration erzeugt neue Widersprüche. Davor warnte der damalige Bundesbankpräsident Tietmeyer schon 1993im Bezug auf den Euro:

„Wenn nur eine Vergemeinschaftung der Geldpolitik stattfindet, alle anderen Politikbereiche aber im wesentlichen bei den Nationalstaaten bleiben, dann ist die Gefahr sehr groß, dass es zu Konflikten kommt, zu einer Divergenz der Entscheidungen und Entwicklungen, die dann die Währungsunion vor eine Zerreißprobe stellen könnten.“⁶⁶

Genau das erleben wir verstärkt seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 2007/08 und der darauf folgenden Euro-Krise. Diese hat die Frage auf die Tagesordnung gesetzt, ob Euro und EU in dieser Form überleben werden. Nationalistische und EU-kritische Kräfte wurden gestärkt und üben in vielen Staaten Druck gegen eine weitere europäische Integration aus. In Großbritannien hat die Regierung ein Referendum über den Verbleib in der EU angekündigt. Das ist letztlich Ausdruck der Tatsache, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Struktur des Nationalstaats zu überwinden.

Dazu schrieben wir im Jahr 2002:

„Das kapitalistische System basiert auf dem Nationalstaat. Dieser ist eine historisch gewachsene soziale Einrichtung und hat viele Bestandteile: Geschichte, Tradition, gemeinsame Sprache, Kultur, Territorium usw.

Die Kapitalisten brauchen den Staat, denn er schützt sie sowohl gegenüber dem Widerstand der Arbeiterklasse als auch gegenüber anderen kapitalistischen Kon-

kurrenten. Der Staat dient dazu die Bedingungen zur Profitmaximierung aufrecht zu erhalten. Dazu gehört auch, Aufgaben zu übernehmen, die der Einzelkapitalist nicht bezahlen kann oder die nicht in seinem unmittelbaren Interesse sind. Der Staat hat auch eine Vermittlungsfunktion zwischen den Klassen und zwischen den verschiedenen Einzelkapitalisten und Kapitalfraktionen. (...)

Es gibt heute keine internationalen Einrichtungen oder Strukturen, die staatliche Funktionen übernehmen könnten. Die Kapitalisten greifen weiterhin auf ihren Nationalstaat zurück, wenn sie ihn brauchen.

Und sie brauchen ihn im Kampf mit ihren ausländischen Konkurrenten, wenn es mit der Wirtschaft bergab geht.“⁷

Undemokratisch

Die wichtigste EU-Institutionen sind Kommission und Ministerrat. Die Kommissionsmitglieder werden von den nationalen Regierungen vorgeschlagen. Das Europäische Parlament kann nur die Kommission insgesamt bestätigen oder ablehnen. Das Parlament kann keine eigenen Gesetze beschließen, nur Gesetzesvorschläge der Kommission ablehnen. Im Ministerrat sind die einzelnen Mitgliedsländer vertreten (durch Fachminister oder Regierungschefs, ähnlich wie im Bundesrat). Das wichtigste ist aber, dass die Abgeordneten weit weg von ihren WählerInnen sind, aber nah dran an einem Riesenheer von LobbyistInnen, die verschiedene Konzerninteressen vertreten. Die Möglichkeiten durch politischen Druck der Konzernhörigkeit der neoliberalen Parlamentsmehrheit etwas entgegen zu setzen, sind also noch geringer als auf nationaler Ebene. Das macht die EU so geeignet zum Rammbock des Neoliberalismus. Die EU ist damit eine weitgehend undemokratische Institution, in der die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung noch weitaus geringer sind, als in den parlamentarischen Demokratien der einzelnen Nationalstaaten (die auch schon zu Wünschen übrig lassen).

Der Prozess der europäischen Einigung ermöglicht es der einzelnen Regierung, sich bei ihrem Sozialabbau, aber auch bei ihren Steuergeschenken für die Unternehmer, hinter der EU zu verstecken. Aus Sicht der Arbeiterklasse in den Mitgliedsstaaten ist die angeblich die Entscheidungen treffende, aber von niemandem gewählte, EU-Bürokratie in Brüssel weit weg und kaum erreichbar. Dies um so mehr, als die Sozialdemokratie wie auch die Gewerkschaftsbürokratie zu glühenden Befürwortern der Marktwirtschaft geworden sind und nicht gewillt sind, Widerstand gegen die neoliberale Politik zu leisten.

Die EU ist ein Zweckbündnis kapitalistischer Staaten, das sich sowohl gegen äußere Konkurrenten wie die USA, Japan und China richtet, als auch gegen die

europäische Arbeiterklasse. Sie gehorcht einzig und allein den Interessen derjenigen, die in den Mitgliedsstaaten mächtig sind. Alle Verträge der EU sind auf eine Verbesserung der Profitbedingungen für die Banken und Konzerne ausgerichtet. Kein Vertrag bringt die Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten zur Geltung. Diese EU kann nicht einfach durch andere politische Mehrheiten im Europaparlament oder durch die eine oder andere Veränderung in ihrer Verfasstheit zu einer sozialen und fortschrittlichen Institution im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung reformiert werden. Alle Verträge müssten zerrissen werden, alle Gremien und Institutionen aufgelöst werden, um die Voraussetzungen zu einer Vereinigung Europas im Interesse der Menschen zu schaffen.

Nein zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP!

Ein Angriff auf Löhne, Soziales und Umwelt

Seit Beginn der Neunziger diskutieren die Kapitalistenklassen Nordamerikas und Europas über die Errichtung einer gemeinsamen Freihandelszone. Seit Mitte 2013 laufen weitgehend hinter verschlossenen Türen konkrete Verhandlungen über das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zwischen USA und EU. Die Gewerkschaft ver.di bezeichnet TTIP als „Angriff auf Löhne, Soziales, Umwelt“. TTIP soll öffentliche Verwaltungen dazu zwingen, ihre Aufträge in der gesamten Freihandelszone auszuschreiben. Damit wären Tür und Tor für weiteres Lohndumping geöffnet. Des Weiteren sieht das Abkommen den Abbau von gesetzlichen Vorschriften für Lebensmittel vor. Umweltstandards sollen ebenfalls abgebaut werden, um beispielsweise auch in der EU Öl und Gas über das verheerende Fracking-Verfahren fördern zu können. Die „Rücknahme von Kontrollen und einschränkenden Regeln für den Finanzsektor“ soll den Handel mit riskanten Finanzprodukten, der im Zuge der Krise ab 2007 teilweise eingeschränkt wurde, wieder liberalisieren. Ein sogenannter „Investitionsschutz“ soll es Konzernen erleichtern, Staaten auf die Erstattung entgangener (auch künftiger) Profite zu verklagen, wenn sie beispielsweise Umwelt- oder Sozialstandards einführen. Durch die Angleichung von Standards auf das jeweils niedrigste Niveau soll es Unternehmen möglich werden, in einem Land erkämpfte gewerkschaftliche Rechte weitgehend auszuhebeln.

Weltwirtschaftskrise und Imperialismus

Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt verstärkte Anstrengungen unternommen werden, weitere Schranken für das internationale Agieren von Großkonzernen abzu-

bauen. Die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche haben zu mangelnden profitablen Anlagemöglichkeiten in der Produktion geführt. Kapital wurde deswegen zunehmend in heikle Finanzprodukte investiert. Der Kampf um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt verschärft sich. 2007 wurde die Welt in eine tiefe Wirtschaftskrise, eine Krise des gesamten kapitalistischen Systems, gerissen. Wenn auch einige Regierungen zu Protektionismus, also staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft zur Begünstigung der „eigenen“ Konzerne, griffen, so zeigt sich doch momentan ein neuer Trend zu Deregulierung, Angriffen auf Arbeiterrechte und Demokratieabbau.

Ein transatlantischer Wirtschaftsraum soll schließlich auch dazu dienen, die entwickelten kapitalistischen Länder gegenüber China, Russland und „Schwellenländern“ wie Brasilien in eine stärkere Position zu bringen.

Die fortschreitende Entwicklung wird zu einer Zunahme internationaler Konflikte führen, auf wirtschaftlicher wie auf militärischer Ebene. Diese Konflikte entfachen sich einerseits zwischen den „Blöcken“, andererseits aber auch zwischen den Nationalstaaten innerhalb dieser Blöcke. So nutzt das deutsche Kapital seine Dominanz in der Europäischen Union auf Kosten schwächerer Ökonomien wie Griechenland, Portugal oder Spanien. Nicht umsonst sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): *„Nichts wünschen wir uns mehr als ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.“*

WIE DAS DEUTSCHE KAPITAL VOM EURO PROFITIERT

Viele Menschen hierzulande sind skeptisch gegenüber dem Euro und sehen sich als Verlierer der Gemeinschaftswährung, weil seit dessen Einführung die Preise gestiegen sind und der Lebensstandard stagniert. Sie fürchten, dass durch die „Rettungspakete“ der deutsche Staat und damit die Masse der steuerzahlenden Bevölkerung für die Krisenstaaten aufkommen muss.

Diese Stimmung wird befördert durch Medienberichte, „wir“ wären „die Zahlmeister Europas“, die anderen Staaten wären verantwortungslos und egoistisch in die Schuldenkrise gerutscht, weil sie „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten und „die Deutschen“ müssten dafür bezahlen. Auch faschistische Parteien wie die NPD oder Rechtspopulisten wie die Alternative für Deutschland – AfD knüpfen an dieser Vorstellung an und stellen die Probleme in der Eurozone als Konflikte zwischen Nationen dar.

Doch über Verlieren oder Gewinnen in der Eurozone entscheidet nicht die Zugehörigkeit zu einer Nation, sondern die Zugehörigkeit zu einer Klasse. ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose in Deutschland liegen durchaus richtig, wenn sie sich als VerliererInnen des Euro sehen und die Risiken der Bankenrettung fürchten.

Doch gleichzeitig sind die deutschen Kapitalisten, die Anteilseigner der Banken und Konzerne und ihre Manager, die Hauptgewinner der Euro-Einführung und haben sie selbst an den so genannten Rettungspaketen verdient.

Der Euro wirkt nach innen

Der Euro war von Beginn an ein Projekt im Interesse der Kapitalbesitzer. Die Ausweitung der Konkurrenz und die offene Vergleichbarkeit der Kosten und der Produktivität sollten den Wettlauf um möglichst niedrige Arbeitskosten und Sozialausgaben befördern.

Ein wichtiges Mittel, den Druck auf die Sozialausgaben zu erhöhen, waren die im Vertrag von Maastricht von 1992 festgelegten Konvergenzkriterien. Die Staatsverschuldung sollte generell auf sechzig Prozent und das Haushaltsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes beschränkt werden. Diese Hürden wurden immer wieder von den Staaten gerissen, über mehrere Jahre auch vom vorigen Musterknaben Deutschland. Aber sie erfüllten ihren Zweck, den Druck Richtung Senkung der staatlichen Ausgaben zu verstärken und damit eine permanente Kürzungspolitik zu begründen.

In den letzten Jahren ist die Austerität (Kürzungspolitik) wie ein Orkan über Griechenland und andere Staaten Südeuropas gefegt und hat die soziale Infrastruktur zertrümmert. Doch dieses Phänomen ist nicht neu. In vielen Ländern, u.a. in Deutschland, gibt es in Teilbereichen des öffentlichen Sektors, z.B. in den Kommunen, seit über zwanzig Jahren eine schleichende Kürzungspolitik, die zum Abbau von sozialen und kulturellen Dienstleistungen geführt hat.

Verstärkt seit der Mitte der 1990er Jahre versuchten deutsche Konzerne, die Produktionskosten mit dem Argument einer möglichen Verlagerung ins Ausland zu senken und übten Druck auf Belegschaften aus. Mit der gemeinsamen Währung sind Verlagerungen noch einfacher geworden. Auch örtlich gebundene Dienstleistungen wurden durch den Zwang zu europaweiten Ausschreibungen unter Kostendruck gesetzt.

Dabei haben sich die pro-kapitalistischen Parteien in Deutschland immer darauf berufen, dass „die Globalisierung“ und „der Euro“, dass „Brüssel“ äußere Zwänge schaffen würden, denen sich niemand entziehen könne. Ähnlich argumentierten bürgerliche Politiker in anderen Ländern. Diese scheinbar über den Entscheidungskompetenzen eines Landes schwebende „Macht“ erschwerte den Widerstand gegen Lohndumping und Sozialabbau.

Die quantitative und qualitative Ausweitung des europäischen Binnenmarktes und die Einführung des Euro haben den Konzernen der Euro-Länder ermöglicht, einen großen Druck nach innen, auf die Beschäftigten und die EmpfängerInnen von Sozialleistungen zu entfalten.

Dabei sind die Herrschenden allerdings auch an ihre Grenzen gestoßen. Einzelne Vorhaben wie das „Port Package“ zur Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Hafentarifnehmern mussten nach massivem Widerstand zurück gezogen werden. In der Debatte um den Europa-Kurs der Partei formulierten Mitglieder des SPD-Grüne-nahen Flügels der LINKEN, die Konvergenzkriterien wären „*willkürlich gesetzt*“ oder die Währungsunion wäre mit „*großen Fehlern behaftet*“, man hätte „*versäumt*“, europäische Ausgleichsprozesse zu berücksichtigen. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Verfasser selbst diese Thesen glauben. Vielmehr scheinen sie motiviert, DIE LINKE um den Preis des Ignorierens einfacher Wahrheit in den Kreis der etablierten Politik einzureihen, um mitreden und „mitgestalten“ zu können. Es gab keine „Versäumnisse“, „Fehler“ oder „Willkür“ bei der Formierung der Währungsunion. Europaweites Lohndumping und Befreiung der Kapitalbesitzer von Steuern und darüber eine Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit waren der Hauptzweck des Projektes Euro. Darüber waren sich alle bürgerlichen Parteien in Europa, ob konservativ, sozialdemokratisch, liberal oder grün, einig. Die nationalen Kapitalistenklassen von Paris bis Athen hofften sämtlich, sie würden zu den Gewinnern gehören. In gewisser Weise ist es so eingetroffen, vor allem, wenn man die Lage der Besitzenden der Euro-Länder mit der Lage der Lohnabhängigen vergleicht. Allerdings hat die deutsche Kapitalistenklasse in weit größerem Maße gewonnen und dabei auch Konkurrenten in anderen Ländern zurück gedrängt. Das deutsche Kapital als stärkste Wirtschaftsmacht hat es verstanden, den Euro nicht nur nach innen sondern auch nach außen wirken zu lassen und dadurch seine Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Das hat die Krisenprozesse in anderen Ländern verschärft, die Spaltung Europas vertieft und zur derzeitigen sozialen Katastrophe in der europäischen Peripherie geführt.

Schröders Agenda 2010

Als die SPD-Grüne-Regierung 2003 die „Agenda 2010“ beschloss, stellte sie diese als eine defensive Maßnahme dar, um auf die Wirtschaftskrise zu reagieren und die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern. In der Rückschau wird deutlich, dass es sich um eine offensive Maßnahme handelte, die ohnehin gute Wettbewerbsfähigkeit von Konzernen mit hoher Produktivität und daher geringen Lohnstückkosten weiter zu verbessern.

Die Enteignung der Erwerbslosen durch Hartz IV wirkte als Drohung für alle Lohnabhängigen. Wie geplant wuchs die Bereitschaft, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, um auf keinen Fall im ALG2-Bezug zu landen. Innerhalb weniger Jahre wurde der größte Niedriglohnssektor in Europa geschaffen.

Die extreme Zurückhaltung der deutschen Gewerkschaften, sowohl in der Industrie als auch im öffentlichen Dienst, half dem Kapital bei dieser Strategie. In Tarifrunden wurde oftmals der Reallohnausgleich durchgesetzt, in mehreren Jahren jedoch unterhalb der Preissteigerungsrate abgeschlossen. Mehrere große Tarifwerke – wie der TVÖD im öffentlichen Dienst und ERA in der Metallindustrie – führten zu strukturellen langfristigen Entgeltabsenkungen. Unter dem Strich wuchsen die Reallöhne im Bereich von Tarifverträgen nur gering, während die Unternehmensgewinne stark anstiegen. In Bereichen ohne Tarifbindung gab es eine eindeutige Absenkung der Reallöhne.⁸

Als sich die von den USA ausgehende Hypotheken-Krise von 2007 zu 2009 zu einer Banken- und schließlich zu einer allgemeinen kapitalistischen Krise auch in der Industrie entwickelte, waren die deutschen Konzerne bezüglich ihrer Kosten sehr gut aufgestellt, bezahlt hatten dafür die Beschäftigten mit Jahren von stagnierenden oder sinkenden Reallöhnen und massiv verdichteter Arbeit.

Die deutschen Industriekonzerne, vor allem die Autoindustrie, konnten mit staatlich subventionierter Kurzarbeit und durch Maßnahmen wie die Abwrackprämie die Krise aussitzen, so dass trotz des massiven Rückgangs der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 von fünf Prozent keine Werke geschlossen oder Massenentlassungen vorgenommen wurden. Sowohl in den USA als auch in anderen europäischen Staaten schlug die Krise stärker auf die Industrie durch, Zehntausende verloren ihre Jobs, Kaufkraft und Steuereinnahmen sanken, dies wiederum wirkte krisenverschärfend.

Die Bundesrepublik war schon vor 2000 ein Land mit niedrigen Lohnstückkosten. In den 2000ern wuchs der Abstand zu den anderen Ländern Europas massiv. Setzt man die Höhe der Lohnstückkosten verschiedener Regionen der Eurozone im Jahr 1999 gleich hundert Prozent, so stiegen die Lohnstückkosten in Südeuropa bis 2009 auf 135 Prozent, in Deutschland hingegen nur auf 108 Prozent des ohnehin günstigen Ausgangswertes. In der gesamten Eurozone ohne Deutschland stiegen die Lohnstückkosten um rund 127 Prozent.

Die Lohnsteigerungen in Südeuropa führten nicht zum Anstieg des Lebensstandards, sondern wurden zum großen Teil durch steigende Preise aufgefressen. Die Besonderheit dieser Periode war der extrem geringe Anstieg der deutschen Löhne im Vergleich zur relativen hohen Produktivität.

Dies führte zu massiven Handelsungleichgewichten. Deutschland und Südeuropa lagen zur Euro-Einführung gleich auf. Das Saldo der Leistungsbilanz – Exporte zu Importen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt – lag sowohl in Deutschland als auch in Südeuropa bei ungefähr ein Prozent. Das heißt, es wurde etwas mehr importiert als ausgeführt.

Bis 2009 hatte sich in Südeuropa ein Saldo von minus fünf Prozent entwickelt, in Deutschland von plus fünf Prozent. Dank der Niedriglohn-Offensive der Regierung Schröder-Fischer wurden die anderen europäischen Länder geradezu nieder konkurriert und mit deutschen Exporten überschwemmt. Ohne den Euro hätten die Länder Südeuropas mit Währungsabwertungen auf den deutschen Kostenvorteil reagieren können – was allerdings auch andere Probleme aufgeworfen hätte. Auf der Grundlage dieser Entwicklungen im produktiven Sektor entfaltete sich das Finanzdrama für Griechenland und Co.

Deutsche Banken und Konzerne profitierten vom Euro, bezahlt wurde dies sozusagen „prepaid“ von den Lohnabhängigen in Deutschland mit Lohnverzicht, Prekarisierung und Arbeitsverdichtung.

Im Europa-Programm der LINKEN werden die Folgen des Wettbewerbs-Dopings der deutschen Konzerne korrekt analysiert. Die Schlussfolgerungen, welche DIE LINKE daraus zieht, sind allerdings naiv und damit folgenlos. DIE LINKE tritt für eine harmonisierte europäische Lohnpolitik ein, welche die Unterschiede in der Konkurrenzfähigkeit nivellieren soll.

DIE LINKE möchte demnach ein System, welches auf der Konkurrenz von Konzernen und Staaten basiert und gerade durch gemeinsamen Markt und Währungsunion entfesselt wurde – und durch das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA weiter befreit werden soll – dazu „überreden“, es genau anders herum zu machen.

Richtig ist allerdings die Idee, dass die Arbeiterklassen Europas den Wettlauf um niedrige Löhne nicht akzeptieren, sondern der Erpressung durch die Konkurrenz ihren gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der jeweils höchsten Standards entgegen setzen sollten. Insofern geht es tatsächlich darum, möglichst hohe Einkommen in Europa zu verteidigen bzw. zu erkämpfen. Allerdings wird dies nicht auf der Ebene der EU-Institutionen oder nationalen Regierungen ausgefochten, sondern nur von unten, in den Betrieben und durch soziale Bewegungen.

Haltung des deutschen Kapitals

Anfang 2014 können sich die Herrschenden in Deutschland als Gewinner der Banken- und Euro-Krise fühlen. Sie haben ihre Profite auf Kosten der Konkurrenz aufrecht erhalten, deutsche Banken samt der Manager-Gehälter sind gerettet worden. Selbst von den „Rettungspaketen“ profitierte der deutsche Staat erst einmal. Größere soziale Kämpfe hat es hierzulande nicht gegeben. Während die Peripherie-Staaten zeitweise horrende Zinsen für Staatsanleihen bezahlen müssen, sind die Zinsen in Deutschland auf einem historischen Tiefstand, weil die Anleger in deutsche Papiere geflohen sind. Die Belastung der öffentlichen Haushalte ist

daher gering. Bei einem höheren Zinsniveau ständen eine Reihe von Kommunen vor der Zahlungsunfähigkeit.

Das heißt jedoch nicht, dass es keine Risiken für den deutschen Kapitalismus gäbe. Die dauerhaft gesunkene Kaufkraft in Südeuropa verursacht Probleme, die aktuell zum Beispiel die Hersteller von Mittelklassewagen wie Ford und Opel spüren. Erneute Absatzeinbrüche in China, den USA und den Schwellenländern würden massive Probleme für den deutschen Export zur Folge haben.

Dazu kommen die Risiken, die sich aus den deutschen Garantien für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ergeben. Sollten alle „Rettungsmaßnahmen“ scheitern und einer oder mehrere Peripherie-Staaten zahlungsunfähig sein, würden die Haftungsmechanismen des ESM greifen. Die Bundesrepublik haftet mit 190 Milliarden Euro. Dies ist allerdings die untere Grenze, da am ESM auch Krisenländer beteiligt sind, deren Zahlungen ausfallen würden. Die Haftung würde auf die verbliebenen Länder umgelegt. Zudem kann das Gesamtvolumen des ESM von ca. 700 Milliarden Euro vergrößert werden. In einem solchen Fall wäre die Staatsschuldenkrise sofort nach Deutschland übergeschwappt.

Alle etablierten Parteien würden ohne Zweifel massive Austeritätsmaßnahmen umsetzen wollen, die zum Abbau staatlicher Leistungen und Investitionen, zu Einkommensverlusten und zum Abwürgen der Konjunktur samt der folgenden sozialen Verwerfungen führen würden.

Das deutsche Kapital hat bisher vom Verlauf der Euro-Krise profitiert. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht die Stimmung vor, „wir“ wären der Krise entkommen. Doch ohne Zweifel ist die Situation in Europa weiterhin riskant, auch für die herrschende Klasse in Deutschland.

Merkel und das deutsche Kapital haben bisher an der gemeinsamen Währung festgehalten und sind die Risiken der Euro-Rettung eingegangen, weil alle anderen Varianten als problematischer erschienen. Konzerne haben durchaus unterschiedliche Einzelinteressen. Daher fungiert der Staat im Kapitalismus nach Friedrich Engels als „ideeller Gesamtkapitalist“, der die grundlegenden Interessen der Herrschenden zusammenfasst. Ohne Zweifel ist die starke Exportorientierung in dieser historischen Phase eines der zentralen Bestandteile der gesamtkapitalistischen Interessen, auch wenn eine Minderheit der Unternehmen das anders sehen mag.

Aus dieser heutigen Sicht des Kapitals ist ein Andauern der europäischen Finanzkrise unter Inkaufnahme von möglichen Ausgleichszahlungen mit Steuergeldern und folgenden sozialen und politischen Konflikten das geringere Übel im Vergleich zu einer Verkleinerung der Eurozone bzw. der EU oder gar deren Auseinanderbrechen und der folgenden Beschränkung des Binnenmarktes bzw. von Währungsturbulenzen und Bankenzusammenbrüchen.

Daher sind D-Mark-Nostalgiker oder Euro-Gegner in den etablierten Parteien nach wie vor Randerscheinungen und eine Partei wie die AfD agiert gegen die Interessen des kapitalistischen Establishments und vertritt nur eine Minderheit von Unternehmern sowie bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten. Daher haben Merkel und Schäuble, schon immer sekundiert von der SPD, am Euro festgehalten, haben eine Linie nach der anderen aufgegeben und immer mehr „Retzungspakete“ akzeptiert.

Diese Haltung des deutschen Imperialismus ist jedoch nicht für alle Zeiten zementiert. Wenn die Eurozone nur zu halten wäre mit einem finanziellen Kraftakt, der die Profitabilität der deutschen Banken und Konzerne beschränken und gleichzeitig zu massiven sozialen Auseinandersetzungen führen würde, würde das Kapital umsatteln, möglicherweise hin zu einem „Kern-Europa“ mit den stark mit der deutschen Wirtschaft verschränkten Nachbarländern.

Europa unter Merkel

Der deutsche Kapitalismus strebt historisch die „europäische Einigung“ unter seiner Kontrolle an. Vor dem Ersten Weltkrieg wuchs er dynamisch, war aber in der Mitte Europas von den See- und Kolonialmächten England und Frankreich eingeklemmt. Die herrschende Klasse Deutschlands wählte den Krieg als Mittel zur Neuordnung der Welt und erlitt einen herben Rückschlag.

Auch der Zweite Weltkrieg war eine perverse Variante der „europäischen Einigung“ unter Vorherrschaft der deutschen Konzerne und wurde angesichts der zugespitzten Krise des Kapitalismus mit den Mitteln des Vernichtungskriegs und des Völkermordes voran getrieben.

Die in den 1950er Jahren erfolgte Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - EWG, die sich später zur EU entwickelte, war der Versuch der europäischen Mächte, der Begrenztheit ihrer nationalen Binnenmärkte zu entkommen und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA und anderen kapitalistischen Mächten zu erhöhen. Zugleich war es ein Versuch, den deutschen Kapitalismus zu „zähmen“, indem er in ein Regelwerk eingebaut, aber seine Interessen berücksichtigt wurden.

Obwohl das europäische Regelwerk formal immer noch auf Abstimmung und Kompromiss aufgebaut ist, haben sich die realen Verhältnisse inzwischen verschoben. Deutschland als stärkste imperialistische Macht in Europa gibt den Takt vor. Die Frage, ob der Euro zur Gänze erhalten bleibt, ob Länder diesen verlassen müssen, ob es eine Kern-Eurozone oder ein Auseinanderfliegen der Währungsunion geben wird, hängt sehr stark von den Interessen des deutschen Kapitals ab.

Das heißt nicht, dass die deutschen Konzerne einen festen Plan haben. Auch sie sind den anarchischen Zuckungen des Systems unterworfen.

In letzter Instanz ist eine gemeinsame europäische Währung unvereinbar mit der Fortexistenz miteinander konkurrierender Nationalstaaten und Kapitalistenklassen. Die wachsenden Unterschiede zwischen den Regionen und Ländern in Europa verschärfen die Problematik. Gerade das deutsche Kapital mag noch viele Anstrengungen unternehmen, im eigenen Interesse den Euro zu retten, wird aber früher oder später einen Schwenk vornehmen.

Bürgerliche Politiker beschwören oftmals, die europäische Integration in Form von EU und Euro sei der einzige Weg, den Frieden auf dem Kontinent zu erhalten. Das ist einerseits Propaganda, weil sie keine Diskussionen über eine andere Art der europäischen Einigung abseits des neoliberalen Projekts EU zulassen und die Opposition der Arbeiterbewegung und der Linken als nationalistisch und anachronistisch darstellen wollen. Es ist auch Propaganda, weil die EU nicht zu Integration und Ausgleich führt, sondern zur ökonomischen und sozialen Spaltung Europas, zur Entstehung der „verlorenen Generation“ der über fünfzig Prozent erwerbslosen Jugendlichen in Spanien, Griechenland und Italien. Es ist Propaganda, weil diese brutal neoliberale EU den Menschen als „international“ und „modern“ gegenüber tritt und daher die Bereitschaft wächst, auf nationalistische und rassistische Ideologien zurück zugreifen, vor allem wenn keine Alternativen seitens der Linken geboten werden.

Andererseits ist an dieser Einschätzung im historischen Maßstab etwas dran. Die EU ist ein Versuch, die Konkurrenz zwischen den europäischen Konzernen und Nationen auf kapitalistischer Grundlage in geregelten Bahnen, kontrolliert und mit zunehmend gemeinsamen Interessen zu organisieren. Doch es ist nicht zu einer Auflösung der Nationalstaaten gekommen, es hat sich keine europäische herrschende Klasse entwickelt, es gibt keine „Vereinigten Staaten von Europa“ analog zu den USA. Die Kapitalistenklassen bleiben national basiert, in Konkurrenz zueinander und nutzen ihre Staaten zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen.

Wenn das fragile Gebilde EU scheitert bzw. dessen Scheitern offensichtlich wird, dann wird die Konkurrenz zwischen den herrschenden Klassen auch die Form von offenen, auch militärischen, Konflikten zwischen Nationalstaaten annehmen können. Der Konflikt mit Russland über den Einfluss in der Ukraine wirft, unabhängig davon, wie sich die Krise konkret entwickelt, einhundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg den Schatten des Krieges auf den Kontinent. In diesem Fall agiert die EU gemeinsam als Block zur Durchsetzung imperialistischer Interessen gegen den imperialistischen Konkurrenten Russland. Aber Konflikte um Einfluss, Absatzmärkte und Rohstoffe sind auch zwischen den jetzigen EU-Partnern denkbar.

SOZIALER TERROR GEGEN DIE ARBEITERKLASSE

Die Rezession in Folge der Immobilien- und Bankenkrise ab 2007 führte in der europäischen Peripherie zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zu sinkenden Lebensstandards. Doch die sozialen Folgen der Krise waren nichts im Vergleich zu den brutalen Folgen der „Rettungsmaßnahmen“.

Die Finanzhilfen seitens der aus EZB, Europäischer Kommission und IWF bestehenden Troika wurden in den deutschen Medien als Wohltaten dargestellt, der Begriff der „Rettung“ implizierte, dass es den Ländern und der Bevölkerung nach den Maßnahmen besser gehen würde. Bei seinem Besuch in Athen im März 2014 belehrte der Bundespräsidialprediger Gauck die Griechen, der Weg sei hart, aber richtig und „ermutigte“ zu „weiteren Reformen“.⁹

Tatsächlich führten die „Reformen“, die mit den Krediten verbundenen Kürzungsauflagen, zum rapiden Verfall des Lebensstandards, zu massenhaftem Elend und zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften. Verbunden wurde dies mit einem umfassenden Demokratie-Abbau und dem Übergang zu halb-diktatorischen Regierungsformen in Form von „Technokraten-Regierungen“, die faktisch durch die Troika gelenkt werden. Vor allem in Griechenland sind weite Teile der Bevölkerung sozialem und ökonomischen Terror ausgesetzt. Inzwischen berichten auch deutsche Medien, wie sehr das Land zerstört wurde.

Innerhalb von vier Jahren Troika-Regime wurden die Lebensverhältnisse der griechischen Arbeiterklasse auf den Stand eines ex-kolonialen Landes zurück gewor-

fen. Die Löhne im öffentlichen Dienst wurden in mehreren Schritten um rund dreißig Prozent gekürzt. Über eine Senkung des Mindestlohnes auf 586 Euro im Monat – bei Preisen über dem deutschen Niveau! – und durch das zeitweise vom Staat verhängte Verbot, die Löhne über Tarifverhandlungen zu erhöhen wurden die Einkommen auch dort gesenkt. Renten wurden um zehn Prozent gesenkt, das Renteneintrittsalter für alle auf 67 Jahre erhöht. Im öffentlichen Dienst sollen bis 2015 150.000 Stellen abgebaut werden, bis 2013 war der Abbau von 56.000 Stellen erfolgt.¹⁰

Griechenland wurde zu umfassenden Privatisierungen öffentlicher Betriebe gezwungen. Es wurde die HRADF (Hellenic Republic Asset Development Fund) geschaffen, eine Aktiengesellschaft in staatlichem Besitz, mit ähnlichen Aufgaben wie die Treuhand, welche die staatlichen Betriebe der DDR für wenig Geld an private Kapitalisten verkaufte. Im Direktorium der Gesellschaft sitzen auch Vertreter der Europäischen Kommission und der Eurozone. Ziel ist es, Käufer für die Häfen von Piräus und Thessaloniki, für Wasser- Strom und Gasversorger sowie Telekommunikationsunternehmen zu finden. Während die Treuhand vornehmlich innerdeutsche Privatisierungen abwickelte, dient die HRADF dazu, den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums des Landes an ausländische Investoren zu organisieren.

Die Massenverbrauchssteuern und Gebühren für die breite Bevölkerung wurden erhöht und neue Steuern eingeführt. Die Mehrwertsteuer stieg in mehreren Schritten von 19 auf 23 Prozent, der Steuerfreibetrag für Geringverdiener wurde gesenkt.

Die durch die internationalen Banken und die griechischen Kapitalisten verursachte Krise wurde einzig und allein von den Lohnabhängigen und dem Mittelstand bezahlt – ohne dass eine Verbesserung der Situation in Sicht ist.

2014, im sechsten Jahr der Rezession liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland bei über 60 Prozent, die allgemeine Quote bei 28 Prozent. Nach einem, in manchen Fällen nach zwei Jahren erhalten Arbeitslose in Griechenland kein Arbeitslosengeld mehr, das ohnehin nur 360 Euro beträgt. Eine Mindestsicherung gibt es nicht. Im August 2013 erhielten nur 15 Prozent der Erwerbslosen überhaupt staatliche Leistungen.¹¹ Seit dem Beginn der Krise ist die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen um 40.000 gestiegen – immer mehr Menschen in Griechenland müssen als Subsistenz-Landwirte arbeiten, um ihre Nahrungsmittelversorgung zu sichern.

Armut ist zu einem Massenphänomen geworden. Kinder fallen in den Schulen in Ohnmacht, weil sie nicht genug zu Essen bekommen.¹² Eltern geben ihre Kinder in SOS Kinderdörfer, weil sie sie nicht mehr ernähren können.¹³

Die Troika tötet

Die wirtschaftlichen Kennziffern allein zeigen nicht das ganze Ausmaß der Tragödie. Die Troika-Politik macht Menschen krank und tötet sie. Das griechische Gesundheitswesen ist durch die Kürzungsaufgaben faktisch zerschlagen worden.

Spiegel Online berichtet über eine Studie britischer Universitäten zur Lage des griechischen Gesundheitswesens. Auf Deutschland übertragen hätten die Auflagen bedeutet, fast die Hälfte aller Gesundheitsausgaben zu kürzen. 800.000 Menschen in Griechenland haben keine Krankenversicherung mehr. Versicherte müssen für den Kauf von Medikamenten in Vorleistung treten und ihre Rechnung bei der Krankenkasse einreichen.¹⁴

Die HIV-Infektionen sind wegen Kürzungen bei der Spritzenausgabe für Drogenabhängige von 15 Fällen im Jahr 2009 auf 484 Fälle in 2012 gestiegen. Die Säuglingssterblichkeit ist um 43 Prozent gestiegen, immer mehr Kinder werden mit einem zu geringen Gewicht geboren. Laut der zitierten Studie stehen viele DiabetikerInnen vor der Wahl, Insulin oder Nahrung zu kaufen.

Es fehlt an der einfachsten Ausstattung und am Personal. Arme Menschen warten in den Krankenhäusern oder zu Hause aufs Sterben, obwohl ihnen nach dem Stand der Medizin geholfen werden könnte. Ohne Spenden und umsonst arbeitende Ärzte wäre die Situation noch schlimmer. Die Suizidrate ist auf einen Rekordstand gestiegen, von 2007 bis 2011 um 45 Prozent. Schwere Depressionen haben sich verdoppelt. Der Kardiologe Kostas Vissas fasst die Auswirkungen der Troika auf das Gesundheitswesen zusammen: *„Unter dem Strich werden die Leute einfach ermordet.“*¹⁵

Spanien: „Brot, Jobs, Wohnungen für alle“

Auch Spanien durchlebt 2014 das sechste Krisenjahr. Die Arbeitslosigkeit ist mit durchschnittlich 26 Prozent und 57 Prozent unter Jugendlichen fast so hoch wie in Griechenland. Zwei Millionen Kinder in Spanien sind unterernährt, drei Millionen Menschen „extrem arm“.

Das spanische Austeritätsprogramm führte zu den *„größten sozialen Einschnitten seit dem Ende der Franco-Diktatur“*.¹⁶ Sozialleistungen sowie Löhne im öffentlichen Dienst wurden gekürzt. Die Koppelung der Renten an die Inflationsrate wurde aufgehoben. Der Kündigungsschutz wurde gelockert, Unternehmen wurde erlaubt, in „wirtschaftlich schwierigen Zeiten“ Löhne und Arbeitszeiten zu kürzen. Die Mehrwertsteuer wurde angehoben.

Die Immobilien-Krise, ähnlich wie in den USA ein wichtiger Aspekt der Krise in Spanien, hält an. Häuser stehen leer, können nicht verkauft werden. Meistens gehören sie Banken, die durch staatliche Gelder gerettet wurden. Familien werden aus ihren Häusern geräumt, weil sie ihre Miete oder ihre Kredite nicht bezahlen können. Zeitweise gab es 500 Zwangsräumungen pro Tag, meistens traf es ArbeiterInnen mit Eigenheimen oder Eigentumswohnungen, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten. Innerhalb weniger Wochen sprangen mehrere Menschen aus ihren Wohnungen in den Tod.

Der Slogan des Millionen-Protests vom März 2014 zeigt, für welche grundlegenden Forderungen die arbeitenden und armen Menschen in Spanien inzwischen kämpfen müssen: „Brot, Jobs und Wohnungen für alle“.

Irland über dem Berg?

Häufig wird berichtet, dass Irland es geschafft habe und die „Rettungsmaßnahmen“ ihre Wirkung entfalten würden. Die angebliche Erfolgsstory wird seitens der EU-Kommission genutzt, um den südeuropäischen Ländern vorzuhalten, „seht ihr, es geht doch, wenn man sich anstrengt.“

Tatsächlich hat die irische Arbeiterklasse keine Katastrophe griechischen Ausmaßes erlebt. Doch auch hier wurden Löhne und Sozialleistungen massiv gesenkt. Und die Krise ist noch längst nicht vorbei.

Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt dreißig Prozent, und das, obwohl Irland die höchste Auswanderungsrate in Europa hat. Seit 2008 sind rund 400.000 Menschen ausgewandert. Irland ist nach dem Intermezzo des „keltischen Tigers“ – so wurde das Land während des Wirtschaftsbooms zwischen 1995 und 2007 bezeichnet – durch die Krise und die Troika-Auflagen wieder zurück auf den Status eines Arbeitskräfte-Exporteurs gefallen, die Jugend geht zur Jobsuche nach Großbritannien, USA, Kanada und Australien.

Die irische Regierung behauptet, das Land hätte die „*wirtschaftliche Souveränität*“ zurück erhalten. Die Realität sieht anders aus. Formell ist das Mandat der Troika beendet, aber IWF und EU haben schon angekündigt, „Programm-Nachbetrachtungs-Missionen“ durchzuführen und weiter Büros in Dublin zu unterhalten. Die irische Regierung ist vertraglich verpflichtet, „Empfehlungen“ zur Einführung von zusätzlichen Steuern oder weiteren Sozialkürzungen seitens der nicht gewählten EU-Kommission umzusetzen, bei Nicht-Erfüllung drohen empfindliche Strafzahlungen.

Anders als in Spanien, Portugal und Griechenland kam es in Irland – mit Ausnahme einer Großdemonstration - nicht zu gewerkschaftlichen Massenbewegun-

gen gegen die Kürzungen. Der Regierung war es 2010 gelungen, den Gewerkschaftsdachverband über das „Croke Park Abkommen“ in die Kürzungspolitik einzubinden. In diesem Abkommen wurden Lohnsenkungen zwischen fünf und zehn Prozent für den öffentlichen Dienst vereinbart. Insgesamt eine Milliarde Euro wurde den Beschäftigten mit Zustimmung der Führung des ICTU (Irischer Gewerkschaftsdachverband) abgenommen.

Die irischen ArbeiterInnen haben die Austerität nicht passiv erduldet, sie wurden von ihren Gewerkschaftsführungen gefesselt. Ein zweites Kürzungsabkommen scheiterte im Frühjahr 2013 zunächst wegen des Widerstandes mehrerer Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die sich auf Druck ihrer Mitglieder gegen weitere Zugeständnisse aussprachen, wurde aber im Sommer in veränderter Form umgesetzt.

Die irische Regierung hat stark auf zusätzliche Steuern gesetzt, unter anderem auf die „Wohneigentum-Steuer“, die in Irland, wo der Anteil an Mietwohnungen relativ gering ist, breite Arbeiterschichten betrifft. Sie führt zu einer zusätzlichen Steuerbelastung von mehreren Hundert Euro im Jahr für durchschnittliche Haushalte. Zusammen mit den geplanten Wassergebühren würde die Mehrbelastung auf bis zu tausend Euro jährlich steigen.¹⁷ Tausende Menschen hatten sich in Komitees, die auch von der Socialist Party (Schwesterpartei der SAV in Irland) ins Leben gerufen wurden, gegen diese Steuern zusammengeschlossen und organisierten einen Boykott. In diesem Jahr treten KandidatInnen aus diesen Kampagnen unter dem Namen Anti-Austerity-Alliance (AAA) zu den Kommunalwahlen an.

Italien und Portugal

In Italien ist die Zahl der Suizide aus wirtschaftlichen Gründen allein von 2012 bis 2013 um 67 Prozent gestiegen, die Zahl der Versuche um achtzig Prozent. Die Hälfte der Suizid-Opfer waren Kleinunternehmen. Die Zahl der Erwerbslosen, die sich getötet haben, hat sich verdoppelt.

Das Land erlebe einen „*dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Notstand*“, so der ehemalige stellvertretende Wirtschaftsminister Fassina bei seinem Rücktritt Anfang 2014. Inflationsbereinigt ist die italienische Wirtschaft im Vergleich zu 2001 (!) nicht gewachsen. Seit dem Beginn der Finanzkrise sind eine Million Jobs vernichtet worden, eine Austeritätsmaßnahme folgte der nächsten. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei dreißig Prozent.¹⁸

Nachdem Portugal die „Finanzhilfen“ der EU in Anspruch nehmen musste, verpflichtete sich die Regierung zu einem Kürzungspaket. Die Einkommen im öffentlichen Dienst wurden mehrere Jahre eingefroren, das Arbeitslosengeld auf

die Dauer von 18 Monaten beschränkt. Ein Drittel der inzwischen 1,6 Millionen Arbeitslosen hat überhaupt kein Einkommen. Offiziell ist die Arbeitslosigkeit auf 17,4 Prozent gestiegen, real dürfte sie bei über 25 Prozent liegen.¹⁹

68 Prozent der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst sind befristet, höher dotierte und sichere Arbeitsplätze werden abgebaut. Im Gesundheits- und Bildungswesen kommt es wegen des Personalmangels zu Engpässen. Patienten müssen sich oft mitten in der Nacht in eine Schlange stellen, um während des Tages behandelt zu werden.

Post und Wasserversorgung sollen privatisiert werden, das Rentenalter ist auf 66 Jahre hoch gesetzt worden und kann per einfachem Regierungsbeschluss jederzeit weiter angehoben werden.

Die portugiesische Regierung plante noch mehr Maßnahmen, musste aber zurück rudern. Das Verfassungsgericht hatte mehrfach den Haushalt und die darin enthaltenen Austeritätsbeschlüsse unter dem Druck gewaltiger Massenmobilisierungen für illegal erklärt. Die herrschende Klasse Portugals hat zudem das Problem, dass sie die bewaffneten Teile des Staatsapparates nur schwer zur Unterdrückung sozialer Proteste einsetzen kann: Polizisten und Soldaten demonstrieren selbst gegen die Kürzungen und die Macht der Troika.

Krise der bürgerlichen Demokratie

Um einen sozialen Angriff griechischen Ausmaßes durchzusetzen, müssen die Herrschenden demokratische Rechte und auch Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus brechen.

Als die chilenischen und internationalen Kapitalisten 1973 beschlossen, die Löhne der chilenischen Arbeiterklasse massiv zu senken und eine neoliberale Schocktherapie umzusetzen, griffen sie zum Mittel eines blutigen Militärputsches, ebenso die türkischen Generäle 1980. Die EU bedient sich anderer Methoden, aber auch sie setzt auf die Abschaffung demokratischer Rechte und diktatorische Maßnahmen.

Weder die Europäische Kommission noch die Troika sind von der Bevölkerung gewählt worden. Doch sie haben umfassende Möglichkeiten, die Beschlüsse von Parlamenten oder Regierungen zu beeinflussen oder für ungültig zu erklären.

Der damalige Präsident Papandreou sagte sein für Anfang 2012 geplantes Referendum über die Kürzungsmaßnahmen kurzerhand ab, weil „die Finanzmärkte“ und die EU Druck ausgeübt hatten. Stattdessen trat er zurück und der von niemandem gewählte Banker Papadimos übernahm die Regierung.

Die „Finanzhilfen“ fließen nicht in den griechischen Haushalt zur Verwendung auf der Grundlage parlamentarischer Beschlüsse, sondern auf ein Treuhandkonto,

aus dem erst die Verbindlichkeiten bei den Zentralbanken der anderen EU-Staaten und dem IWF bedient werden müssen, kontrolliert von den Gläubigern selbst. Das Handelsblatt nannte dies einen „*noch nie dagewesenen Eingriff in die Haushaltsouveränität des Landes.*“

Tatsächlich werden Griechenland und andere Peripherie-Staaten teil-kolonialisiert. Als 2011 der irische Haushaltsentwurf deutschen Regierungskreisen bekannt war, bevor das irische Parlament ihn zu Gesicht bekam, löste das entsprechende Empörung aus, war aber nur sinnbildlich für die Kontrolle und Dominanz, der die Krisenstaaten durch die starken EU-Staaten wie Deutschland ausgesetzt sind.²⁰ Tarifverhandlungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften über die Höhe der Gehälter sind seitens der griechischen Regierung „vorläufig“ verboten worden, neue Tarifverträge können nicht mehr zustande kommen.²¹ Streiks z.B. von LehrerInnen und BusfahrerInnen wurden für illegal erklärt und durch massive polizeiliche Gewalt zerschlagen. Demonstrationen werden nahezu immer von Polizeieinheiten attackiert.

In Italien hat die EU mitgeholfen, den unzuverlässigen Irrläufer Berlusconi zu stürzen und eine „Technokraten-Regierung“ unter Mario Monti ohne Wahl zu installieren. Der aktuelle Ministerpräsident Renzi ist bereits der dritte nicht vom Volk gewählte italienische Regierungschef in den Krisenjahren.

Die spanische Regierung Rajoy plant, das Demonstrationsrecht durch die Verhängung von Bußgeldern faktisch abzuschaffen. Die Teilnahme an unangemeldeten Demonstrationen vor dem Parlament oder der Aufruf dazu im Internet soll bis zu 600.000 Euro Bußgeld kosten. Das Ganze wird nicht als Straftat bewertet, sondern als Ordnungswidrigkeit, Gerichte werden nicht beteiligt, die Verhängung wäre ein Verwaltungsakt. Gleichzeitig soll das Recht auf Abtreibung eingeschränkt werden, was ein Hinweis darauf ist, dass Frauen besonders von den Folgen der Krise betroffen sind.

Die polizeistaatlichen und autoritären Methoden, die in Griechenland angewendet werden, geben eine Vorstellung davon, zu welchen Mitteln die herrschenden Klassen auch in Zentraleuropa greifen werden, wenn sie umfassende soziale Angriffe starten wollen. Diese Maßnahmen erinnern an die Endphase der Weimarer Republik, als Reichskanzler Brüning am Parlament vorbei per sogenannter „Notverordnungen“ regierte, Sozialkürzungen durchsetzte und das Streikrecht unterdrückte.

Aufstieg von Faschisten und Rechtspopulisten

Die Maßnahmen zur „Rettung“ des Euro und der EU polarisieren Europa. In vielen Ländern legen linke Parteien zu, aber auch nationalistische Kräfte sind auf dem Vormarsch. In Griechenland ist mit der Goldenen Morgenröte – CA eine klassische Nazi-Organisation zur drittstärksten Partei bei Wahlen geworden und

hat viele neue Mitglieder gewonnen. CA bekennt sich zur Nazi-Ideologie, setzt auf Straßenterror gegen Linke, GewerkschafterInnen und MigrantInnen und ist für eine Reihe von Morden verantwortlich.

Die Faschisten haben starke Unterstützung im Staatsapparat – nach Umfragen sollen bis zu 50 Prozent der Polizisten mit ihnen sympathisieren – und werden auch von einzelnen Kapitalisten gefördert.

Sie gebärden sich als Gegner der Troika-Maßnahmen und als „Revolutionäre“. Die herrschende Klasse in Griechenland setzt bisher nicht auf eine faschistische Diktatur, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Zu groß sind die Ängste vor den unberechenbaren Nazis einerseits und der Reaktion der Linken und der Arbeiterbewegung andererseits. Aber schon heute spielt die Goldene Morgenröte eine Rolle dabei, ArbeiterInnen und Erwerbslose einzuschüchtern und zu verwirren, abzulenken und zu spalten. Wie weit sie noch wachsen können, muss als offen eingeschätzt werden.

Ihr Aufstieg ist ein Anzeichen für die umfassende Verzweiflung, für die sozialen und psychologischen Verwüstungen, welche die EU in dem Land angerichtet hat.

Auch im Rest der Eurozone führen die sozialen Verwerfungen zur politischen Polarisierung. Gerade in Ländern, in denen die Linke schwach ist oder sich in der Krise befindet, können Faschisten oder Rechtspopulisten von der massiven Unzufriedenheit profitieren, so die Front National in Frankreich oder diverse rechte Gruppen in Italien.

Dieses Wachstum rückwärtsgewandter, aggressiv nationalistischer oder rassistischer Strömungen ist ein klarer Hinweis, dass die EU und der Euro den Kontinent nicht einen, sondern tief spalten.

Schluss mit dem blutigen Grenzregime im Mittelmeer - Frontex abschaffen

Während EU-Bürokraten bei jeder Gelegenheit mit Stolz auf den Abbau der Grenzen innerhalb der Europäischen Union verweisen, schottet die EU sich nach außen ab und hat mit Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) ein blutiges Grenzregime errichtet. Nach neuesten Schätzungen sind seit dem Jahr 2000 23.000 Menschen an Europas Außengrenzen ums Leben gekommen.

Das lässt sie sich einiges kosten. Frontex verfügt über einen Etat von knapp 90 Millionen Euro und hat 270 MitarbeiterInnen. Im EU-Haushalt waren von 2007 bis 2013 1,82 Milliarden Euro für den Schutz der Außengrenzen vorgesehen. Und auch in außereuropäische Länder wird Geld gesteckt, damit diese Ausreisen in die EU verhindern. So erhielt der damalige libysche Diktator Gaddafi noch im Jahr 2010 fünfzig Millionen Euro, damit er afrikanische Flüchtlinge in Libyen abfängt und an der Weiterreise nach Europa hindert.

Gleichzeitig sind die EU-Staaten und die in ihnen beheimateten Konzerne mit verantwortlich für die Fluchtursachen in Ländern Afrikas und Asiens.

Frontex gehört abgeschafft - statt Flüchtlingen müssen die Fluchtursachen bekämpft werden! Die SAV kämpft gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte und die wirtschaftliche Ausbeutung armer Länder durch die imperialistischen EU-Staaten und ihre Konzerne.

Wir fordern außerdem:

- die Wiedereinführung eines wirklichen Asylrechts
- die Abschaffung des Dublin II-Abkommens (sieht vor, dass das EU-Land für ein Asylverfahren zuständig ist, in welches der Asylbewerber zuerst eingereist ist)
- einen generellen Abschiebestopp
- Residenzpflicht abschaffen; Auflösung aller Abschiebegefängnisse
- Bleiberecht und gleiche Rechte für Alle

URSACHEN DER EURO-KRISE

In den letzten Jahren war viel von Krise die Rede: Ab 2007 stürzte die Weltwirtschaft in die tiefste Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, dann folgten die Schuldenkrise, die Eurokrise etc. Diese Krisen sind keine voneinander getrennten Phänomene. Sie hängen zusammen und sind zwangsläufige Folgen der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die Krise in Europa und ihrer Gemeinschaftswährung Euro ist direkte Folge der Weltwirtschaftskrise und hat ihre tieferen Ursachen nicht in der EU oder der Währung.

Der Zweck der Produktion ist im Kapitalismus nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern maximaler Profit. Dieser wird erreicht durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, denn nur durch lebendige Arbeit können neue Werte geschaffen werden. Diese neuen Werte eignen sich die Kapitalisten privat an, obwohl sie durch die Arbeiterklasse in gesellschaftlicher Produktion hergestellt wurden. Die eigentlichen ProduzentInnen erhalten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte als Lohn ausgezahlt. Durch den Verkauf der durch die Arbeiterklasse hergestellten Waren erzielen die Kapitalisten ihre Profite.

Zugleich gab es im Kapitalismus einen in der Menschheitsgeschichte beispiellosen technischen Fortschritt, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität ohne Gleichen. Das System, das auf der Ausbeutung menschlicher Arbeit beruht, rationalisiert diese zugleich beständig weg und ersetzt sie durch Maschinen. Unternehmen geben einen immer geringeren Teil ihres Geldes für den Kauf von Arbeitskraft und einen immer größeren Teil für den Kauf von Maschinen, Rohstoffen etc. aus. Das ist die Ursache für das, was Marx den „tendenziellen Fall der Profitrate“ nannte.

Auch wenn die Kapitalisten nicht produzieren (lassen), um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sind sie doch darauf angewiesen, den allergrößten Teil ihrer Waren zu verkaufen, sie zu Geld zu machen. Sie brauchen eine kaufkräftige Nachfrage. Aber wenn sie das Geld dann wieder profitabel investieren wollen, brauchen sie billige Arbeitskräfte, die sich mit hohem Profit ausbeuten lassen. Insofern brauchen die Kapitalbesitzer gleichzeitig möglichst günstige Arbeitskräfte und eine hohe Kaufkraft zur Sicherung des Absatzes.

In der Geschichte des Kapitalismus ließ sich dieser Widerspruch vorübergehend zurückdrängen durch die Ausdehnung des Kapitalismus, indem immer größere Bereiche – Wirtschaftszweige und Länder – dem Kapitalismus einverleibt wurden. Teilweise wurde diesem Widerspruch aber auch begegnet, indem der Anteil der Waren, die die Kapitalisten einander abkauften, schneller wuchs als die Gesamtwirtschaft, neben dem Luxuskonsum betraf das vor allem Produktionsmittel wie Maschinen, Rohstoffe etc.

Der wachsende Anteil der Produktion von Maschinen, Rohstoffen etc., welche die Kapitalisten einander abkauften, der zum tendenziellen Fall der Profitrate führt, und das damit einhergehende Phänomen eines Mangels an profitablen Anlagemöglichkeiten für das Kapital bzw. der Entwicklung von Überproduktion und Überkapazitäten, waren also keine Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik, sondern eine Notwendigkeit im Kapitalismus. Das System überwand seine Widersprüche also nur, indem es sie in immer größerem Maßstab reproduzierte.

„Finanzmarktkapitalismus“

Etwa seit den 1970er Jahren sind diese Widersprüche so groß geworden, dass sie zu neuartigen Entwicklungen führten. Der lange und starke Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg basierte nicht zuletzt auf der gigantischen Zerstörung des Kriegs, die die Voraussetzungen für die Anwendung neuer Technologien und einen dynamischen wirtschaftlichen Wiederaufbau schuf. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre ging diese Sonderperiode des Kapitalismus zu Ende, die Profitraten begannen zu sinken und das Kapital fand immer weniger profitable Anlagemöglichkeiten. Es kam zur ersten Weltwirtschaftskrise 1973-75, die sich als Ölkrise „tarnte“, letztlich jedoch eine „normale“ kapitalistische Krise war. Damit endete der Nachkriegsaufschwung und es setzten wieder die „normalen“ wiederkehrenden Konjunkturkrisen im Kapitalismus ein. Die Krise Anfang der 1970er wurde ab 1979 von einer nächsten weltweiten Rezession gefolgt. Merkmal der Entwicklung war, dass die Aufschwungphasen nach den Krisen tendenziell schwächer wurden, die strukturellen Probleme, wie die Massenarbeitslosigkeit

nicht abgebaut wurden und eine tendenzielle Niedergangsentwicklung eingesetzt hatte.

Darauf reagierte der Kapitalismus mit einer Wende. Begriffe wie „Globalisierung“, „Neoliberalismus“ oder „Finanzmarktkapitalismus“ beschreiben diese Entwicklung, die zwar politisch durchgesetzt wurde, aber nicht durch willkürliche Maßnahmen, sondern Maßnahmen, die eine Antwort auf die kapitalistischen Krisen waren. Deshalb ist es eine Illusion zu glauben, man könne durch Reformen in die „gute alte Zeit“ von Wirtschaftswunder und Sozialstaat zurückkehren.

Da es für die Kapitalisten zunehmend schwer geworden war, ihre Profite wieder profitabel anzulegen, reagierten sie darauf erst einmal mit einer Verschärfung der Ausbeutung. Durch die Steigerung der Arbeitshetze, die Schaffung eines Niedriglohnssektors und eine Unzahl anderer Maßnahmen versuchten Kapitalisten, neue profitable Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital zu schaffen. Aber das löste ihre Probleme nicht.

Eine weitere Antwort war die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, um so neue profitable Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Die ganzen Behauptungen, dass Privatunternehmen effizienter, kundenfreundlicher etc. seien, sollten lediglich davon ablenken, dass es darum ging, Bereiche der kapitalistischen Verwertung zuzuführen, die bis dato davon ausgenommen waren.

Eine andere Antwort war die Aufblähung der Finanzmärkte. Wenn Aktien, Anleihen und andere Wertpapiere Dividenden und Renditen bringen, wenn sie im Kurs steigen, bringen sie ihren Eigentümern auch Profite. Marx sprach in diesem Zusammenhang von „*fiktivem Kapital*“²² und die Profite sind auch fiktiv, was wir sehr deutlich sehen können, wenn Spekulationsblasen platzen und die Vermögenswerte verpuffen. Aber wenn Investoren die Wertpapiere rechtzeitig zu Geld machen, ist das Geld ebenso real wie das mit dem Verkauf von Waren verdiente Geld.

Ein Mittel, um die Nachfrage zu steigern und die Kosten trotzdem niedrig – und damit die Profite hoch – zu halten, war die Ausdehnung der Verschuldung sowohl des Staates und der Unternehmen als auch der privaten Konsumenten. Zugleich wurden diese Schulden oft von Bankkrediten in Wertpapiere umgewandelt („verbriefte“) und wurden so eine weitere Anlagemöglichkeit für Kapital. Die Steigerung der privaten Verschuldung (Kreditkarten, Hypotheken etc.) ermöglichte einen höheren Konsum, als es die Löhne hergegeben hätten.

Die Ausdehnung der Hypothekenverschuldung vorwiegend in den USA, die schließlich an Grenzen stieß, („Subprime-Krise“) war einer der Auslöser der Krise 2007 bis 2009.

Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007

Weltweit reagierten die Regierungen auf die Krise mit Bankenrettungspaketen und Konjunkturprogrammen. Zentralbanken senkten die Zinsen und weiteten die Geldmenge aus. Eine Folge war ein sprunghafter Anstieg der Staatsverschuldung. Einige Staaten, die schon vor der Krise eine hohe Staatsverschuldung hatten, wie Griechenland oder Italien, oder besonders viel für die Bankenrettung ausgaben oder in denen Immobilienblasen platzten, wie Irland oder Spanien – so dass bei ihnen die Staatsverschuldung extrem anstieg – schalteten bald von Konjunkturprogrammen auf Kürzungspolitik (Austerität) um.

Tabelle: Staatsverschuldung einiger Länder

	2008	2009	2010	2011	2012
Griechenland	113,0 %	129,7 %	148,3 %	170,6 %	176,7 %
Irland	44,3 %	64,9 %	92,2 %	106,4 %	117,6 %
Portugal	71,6 %	83,2 %	93,5 %	108,1 %	119,1 %
Spanien	40,1 %	53,9 %	61,5 %	69,3 %	86,1 %
Zypern	48,9 %	58,5 %	61,3 %	71,1 %	89,7 %
Italien	105,8 %	116,4 %	119,2 %	120,7 %	126,5 %
Europäische Union (27 Länder)	62,5 %	74,6 %	80,2 %	83,0 %	86,8 %
Deutschland	66,7 %	74,5 %	82,5 %	80,5 %	81,7 %
Frankreich	68,2 %	79,2 %	82,3 %	86,0 %	90,0 %
Vereinigtes Königreich	54,8 %	67,8 %	79,4 %	85,0 %	88,7 %
Vereinigte Staaten	71,8 %	90,1 %	99,2 %	103,5 %	109,6

Der Euro verschärft die Konkurrenz

Die wirtschaftlich schwächeren Länder Südeuropas konnten vor der Einführung des Euro ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt halbwegs erhalten, indem sie ihre Währungen abwerteten. Einhundert italienische Lire waren 1975 37 Pfennig wert, bei der Festlegung der Euro-Wechselkurse nur noch zehn. Aber auch der französische Franc fiel im gleichen Zeitraum von 58 auf dreißig Pfennig.²³ Mit der gemeinsamen Währung war dies nicht mehr möglich. Eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit konnte nur noch durch eine Senkung der Produktionskosten erfolgen, also vor allem Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen (so genannte „innere Abwertung“). Das war kein Versehen. Die kapitalistischen Politiker haben den Euro nicht eingeführt, um den Bürgerinnen und Bürgern den Urlaub zu erleichtern, sondern um Wechselkursschwankungen zu vermeiden, so den Warenhandel im europäischen Binnenmarkt weiter auszudehnen und die Wettbewerbssituation insbesondere gegen die USA mit dem Dollar als Leitwährung zu stärken. Dies ging zwangsläufig auf Kosten der schwächeren Ökonomien, die sich durch den vorübergehenden Zugang zu Kapital blenden ließen, aber letztlich mit der Abwertung der nationalen Währung die einzige Möglichkeit aus der Hand gaben, Maßnahmen gegen die stärkere Konkurrenz vor allem aus Deutschland zu ergreifen.

Die Konkurrenz zwischen den Ländern und den Konzernen wurde durch den Euro verschärft. Mehr Konkurrenz führt nicht zu Angleichung und Harmonisierung, sondern zu einem Auseinanderdriften der miteinander Konkurrierenden. Daher hat die gemeinsame Währung Europa ökonomisch zerrissen und nicht vereinigt.

Merkel belehrt die Länder der europäischen Peripherie regelmäßig, sie müssten „ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern“. Das ist einerseits bizarr, denn tatsächlich ist deren Wettbewerbsfähigkeit durch die Kombination der gemeinsamen Währung und einer massiven Stärkung der deutschen Stellung durch Einführung des größten Niedriglohnsektors in Europa enorm geschwächt worden. Andererseits ist es konsequent, denn dadurch wird das Wettrennen um niedrige Löhne und Sozialleistungen, das „race to the bottom“, angeheizt – erst legt Deutschland vor, dann ziehen andere Länder nach, dann gibt es auch in Deutschland wieder neue Argumenten für Lohndumping und geringere Sozialleistungen.

Der Euro ist nicht die Ursache der Kürzungspolitik. Dieser liegen die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zugrunde. Die nationalen Regierungen setzen diese Gesetzmäßigkeiten in Politik um. Allerdings sind die EU und der Euro zentrale

Werkzeuge zur Umsetzung dieser Politik. Wenn sie sie nicht hätten, würde sie sich andere Werkzeuge schaffen.

Die Politik von Regierungen außerhalb der EU bzw. der Eurozone zeigt das zweifelsfrei. Aber das ist kein Grund, diese Werkzeuge zu mögen oder die Illusion zu verbreiten, dass sie für völlig andere Zwecke verwendet werden können als für die, für die sie konstruiert wurden.

Eine Folge des Euro war, dass die Zinsen in den südeuropäischen Ländern sanken. So lange die Währungen der südeuropäischen Länder noch langsam aber sicher gegenüber der D-Mark an Wert verloren, mussten die Zinsen diesen Wertverlust ausgleichen, um für internationale Investoren attraktiv zu sein. Das fiel mit der Euro-Einführung weg. Die sinkenden Zinsen erleichterten das Schuldenmachen und kurbelten die Wirtschaft zunächst an. Dies wurde durch Hilfen und Investitionen seitens der EU verstärkt.

Die Kaufkraft in den ursprünglich ärmeren Peripherie-Ländern wuchs schneller, vorübergehend sah es so aus, als würden EU und Euro zur Angleichung der Lebensverhältnisse führen und dies war auch die überwiegende Stimmung, zum Beispiel in Griechenland oder Portugal.

Besonders in Irland und Spanien kam es zu einem gewaltigen Bauboom und einem drastischen Anstieg der Immobilienpreise, der deren Besitzer reicher machte. In der Euro-Zone waren die Immobilienpreise im dritten Quartal 2007 – auf ihrem Höhepunkt vor der Krise – 12,9 Prozent über den Stand von 2005 (frühere Vergleichszahlen gibt die EU nicht). Aber während sie in Spanien 29 Prozent über dem Niveau von 2005 lagen, lagen sie in Deutschland 1,3 Prozent niedriger. Das spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wider.

In den meisten Ländern wuchs der Anteil der Bauwirtschaft, in der Euro-Zone von 5,6 auf 6,5 Prozent, während der Anteil der Industrie schrumpfte, in der Euro-Zone von 22,8 auf 20 Prozent. In Deutschland war es umgekehrt. Die Industrie wuchs von 25,3 auf 25,6 Prozent, der Anteil der Bauwirtschaft schrumpfte von 5,6 auf 4,2 Prozent.

Unter anderem in Griechenland, Irland und Spanien wuchs 1998 bis 2008 das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf schneller als im Durchschnitt der 27 heutigen EU-Staaten. In der Euro-Zone stagnierte es, in Deutschland ging es leicht, in Frankreich stärker zurück. Dabei stieg die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten in den heutigen „Schuldenländern“ im Vergleich zu Deutschland, Italien bildet dabei eine Ausnahme. Der Rückstand der angeblich „faulen Griechen“ bei der Arbeitsproduktivität schrumpfte zum Beispiel von 18,7 Prozent 1998 auf 4,7 Prozent 2008.²⁴

Trotz dieser Produktivitätssteigerung holte Griechenland wirtschaftlich nicht auf. Denn gleichzeitig verbesserte das ohnehin wirtschaftlich starke Deutschland die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch die Agenda 2010, mit der eine massive Senkung der Sozialleistungen – Hartz IV und Rente – sowie die Schaffung eines Niedriglohnssektors durchgesetzt wurden.

Es kam nicht zu einer wirtschaftlichen Angleichung in der Eurozone, sondern die Eurozone bot den Rahmen für eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Widersprüche. Das konnte im wirtschaftlichen Aufschwung vorübergehend gutgehen. Mit der Weltwirtschaftskrise und der Staatsschuldenkrise wurde es unhaltbar.

Die griechische Staatsschuldenkrise

Man kann den Beginn der griechischen Staatsschuldenkrise auf den 20. Oktober 2009 datieren. Es war allgemein bekannt, dass Griechenland seine Aufnahme in die Eurozone mit falschen Finanzdaten erreicht hatte. Das wurde jahrelang augenzwinkernd als „kreative Buchführung“ titulierte. Als dann Griechenland in der Krise war, tat man plötzlich so, als hätte man von nichts gewusst.

Im Oktober 2009 wurde die konservative griechische Regierung abgewählt. Am 20.10. gab der neue Finanzminister bekannt, das Haushaltsdefizit für das laufende Jahr betrage nicht, wie bisher angegeben, sechs Prozent, sondern liege bei zwölf bis dreizehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die politische Folge war, dass die EU von Griechenland eine massive Kürzungspolitik forderte, um die Kriterien des Maastricht-Vertrages – Neuverschuldung maximal drei Prozent des BIP – wieder zu erfüllen. Die Folge auf dem Finanzmarkt war, dass der Risikoaufschlag für griechische Staatsanleihen anstieg.

Griechenland geriet in einen Teufelskreis: Weil es ein hohes Haushaltsdefizit hatte, musste es für Kredite hohe Zinsen zahlen. Also hatte das Land hohe Ausgaben für Zinszahlungen, durch die das Haushaltsdefizit noch größer wurde. In der Folgezeit gerieten immer mehr Länder der Eurozone in diese Situation. Zugleich erzeugte die Krise einen neuen Gegensatz in der Eurozone. Die Zinsen für Staatsanleihen der Krisenländer stiegen, weil Investoren einen großen Bogen um sie machten. Sie kauften lieber als sicher geltende deutsche Staatsanleihen. Durch die große Nachfrage sanken die Zinsen für sie teilweise auf (inflationbereinigt) Null. So ermöglichte die Krise der südeuropäischen Euroländer dem deutschen Staat, sich fast zinslos Geld zu leihen. Als Euro-Mitgliedsland hatte Griechenland keine nationale Währung, die es hätte abwerten können. Das neoliberale Rezept des Lohn- und Sozialkutschs verschärfte die Krise massiv und ließ Griechenland in eine tiefe Wirtschaftsdepression rutschen.

Von der Staatsschuldenkrise zur Euro-Krise

Eine stark und schnell steigende Staatsverschuldung als Folge der 2007 einsetzenden Wirtschaftskrise war ein internationales Phänomen, das keineswegs nur die Eurozone betraf. Aber in der Eurozone bekam die Krise eine besondere Färbung. Erstens hatten die Länder keine Möglichkeit, die Krise durch Währungsabwertung oder eine nationale Geldpolitik zu mildern. Dadurch war und ist die Krise in Teilen der Eurozone besonders verheerend. Wobei die Europäische Zentralbank (EZB) gegen deutschen Widerstand zunehmend eine Geldpolitik betrieb, die sich nicht viel von der unterschied, die nationale Zentralbanken südeuropäischer Länder auf kapitalistischer Grundlage hätten betreiben können.

Zweitens scheuten die Länder der Eurozone und der EU davor zurück, ein Mitgliedsland in die Pleite rutschen zu lassen, weil sie Sorge vor einer Kettenreaktion und einem Zusammenbruch des Banken- und Finanzsystems in Europa hatten. Deshalb wurden der „Euro-Rettungsschirm“ und der Europäische Stabilitätsmechanismus installiert. Sie retteten vor allem die Banken, die institutionellen Anleger und sonstige Spekulanten, die mit Staatsanleihen der von der Staatsschuldenkrise betroffenen Länder spekuliert und sich verspekuliert hatten. Mit der durch die Troika aus EU, EZB und IWF verordneten brutalen Variante von Austerität im Gegenzug für die „Hilfen“ wurde die Wirtschaft in den europäischen Krisenländern stärker abgewürgt als in anderen Teilen der Welt.

Drittens kam mehrfach die Frage auf, ob nicht Griechenland oder ein anderes Land schließlich doch aus dem Euro aussteigen werde, was den Euro in eine Krise mit unabsehbaren Folgen stürzen würde. Das machte die Eurozone eine ganze Zeit lang zum Epizentrum der weltweiten Finanzkrise und führte zu einer weiteren Verschlechterung der Einschätzung der Kreditwürdigkeit kriselnder Euro-Staaten durch Banken und Investoren.

Diese akute Krise an den Finanzmärkten ist momentan abgeklungen, nicht wegen, sondern trotz der von der Troika aufgezwungenen Kürzungspolitik. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank vor allem ab Herbst 2012 führte zu einer gewissen Beruhigung. Die Risikoaufschläge auf südeuropäische Staatsanleihen sanken. Die Nachfrage nach ihnen stieg, auch weil zum Beispiel deutsche Staatsanleihen kaum noch Zinsen abwerfen.

Die Zypern-Krise im Frühjahr 2013 zeigte aber, wie schnell die Krise sich wieder vertiefen kann. Auch verschlechtert sich die ökonomische Situation in solchen Staaten Europas, die bisher nicht im Zentrum der Krise standen, wie Belgien, die Niederlande und auch Frankreich. Einen substanziellen Abbau der Staatsschulden

hat es nicht gegeben, mittlerweile sind auch die privaten Schulden auf Rekordhöhe, die Banken sind weiter fragil.

Vor allem aber ist die Krise für die Menschen in den betroffenen Ländern nicht vorbei. Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, wachsende Armut, Abbau von Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechten – all das besteht weiter und es ist keine Besserung in Sicht.

Ab 2013 scheint sich das Epizentrum der Krise eher in Richtung der „Schwellenländer“ (z.B. Argentinien, Brasilien, Südafrika, die Türkei oder Indien) verlagert zu haben. Aber auch das kann sich schnell wieder auf die Eurozone auswirken. Wenn Spekulanten als Folge von Schwellenländer-Krisen „Risiken neu bewerten“ und wieder ängstlicher werden, kann sich das auf Südeuropa auswirken. Wenn Schwellenländer sich gezwungen sehen, Zahlungsbilanzdefizite abzubauen indem sie weniger importieren und mehr exportieren, fallen sie dadurch nicht nur als Kunden aus, was vor allem deutsche Exportüberschüsse bedroht, sondern werden auch zunehmend Konkurrenten auf dem Weltmarkt – zum Beispiel für südeuropäische Länder, die angesichts einer abstürzenden Binnennachfrage verzweifelt zu exportieren versuchen. Die Krise ist nicht vorbei, sie ist in einem neuen Stadium und kann bald wieder Europa mit verstärkter Wucht erfassen.

KAPUTT GEKÜRZT

Merkel und die Vertreter der EU haben nur wenige Gelegenheiten ausgelassen, „die Griechen“ auf arrogante Weise darüber zu belehren, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit stärken, die Staatseinnahmen verbessern und schwierige Zeiten durchleben müssten, damit sich die wirtschaftliche Lage bessere.

Die Argumentation, EU und IWF würden „Hilfe zur Selbsthilfe“ zur Verfügung stellen, als eine Art Anschubfinanzierung zur wirtschaftlichen Erholung, wird immer wieder aufgewärmt und auch von weiten Teilen der Bevölkerung im westlichen Europa für bare Münze genommen. Mit der Wahrheit hat das wenig zu tun.

Den europäischen Regierungen und Kapitalistenklassen ging es bei den „Retzungspaketen“ darum, a) die Profite und Investitionen der Anleger zu sichern, sowohl der internationalen als auch der jeweiligen nationalen Konzerne und Banken, b) die Eurozone vor dem Zerfall zu retten und damit den gerade für die starken Euroländer wichtigen Binnenmarkt und die gemeinsame Währung zu erhalten und c) die Krise zu nutzen, um den Prozess von Lohn- und Sozialdumping auf eine neue Stufe zu bringen und die ArbeiterInnen der verschiedenen Länder in einen brutalen Abwertungswettkampf ohne absehbares Ende zu hetzen.

Die harte Austeritätspolitik über Ausgabenkürzungen führte zu einer Intensivierung und Verlängerung der Rezession in den Peripherie-Staaten. Diese Staaten erleben 2014 das fünfte oder sechste Jahr der Rezession. Dabei handelt es sich um keine konjunkturelle Krise, sondern einen wirtschaftlichen Zusammenbruch, den man auch als Depression bezeichnen kann. Dies war für die Architekten und politischen Protagonisten der „Rettungspakete“ keineswegs überraschend. Sie wussten, was kommen würde.

Wenn ein massiv verschuldetes Land, welches sich in einer Rezession befindet, die öffentlichen Ausgaben auf einen Schlag um zehn Prozent oder mehr zurück fährt und zudem einen wachsenden Teil des Staatshaushaltes zur Bedienung von Ver-

bindlichkeiten und zur Bankenrettung einsetzt, ist es unvermeidlich, dass jedes wirtschaftliche Wachstum sofort abgewürgt wird. Die Kaufkraft der Konsumenten schrumpft, öffentliche Investitionen bleiben aus. Händler, Produzenten von Konsumwaren und schließlich auch Investitionsgüter-Produzenten bekommen keine Aufträge, gehen in die Insolvenz.

Die Arbeitslosigkeit und damit die Sozialausgaben steigen weiter, dem Staat gehen weitere Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben verloren. Trotz drastischer Ausgabenkürzungen wächst die Staatsverschuldung weiter. Dieser Prozess lässt sich in allen Krisenländern der Eurozone nachvollziehen.

In Griechenland stieg die Staatsverschuldung bis 2011 auf über 180 Prozent der jährlichen Staatseinnahmen, sank 2012 und stieg 2013 erneut auf 160 Prozent, was ungefähr dem Stand von 2009 entspricht. Interessant ist die Staatsverschuldung im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). 2009 betrug diese noch 115 Prozent, aber erreichte mit fast 180 Prozent im Jahr 2013 einen neuen Höchststand.²⁵ Ursprünglich sollte die Staatsverschuldung im Vergleich zum BIP von 2011 bis 2020 von 160 auf 120 Prozent sinken.²⁶

Selbst die extrem hohe Staatsverschuldung dürfte noch geschönt sein. Der griechische Staat ist erneut zu einer eher kreativen Buchführung übergegangen. Firmen, die dem Staat eine Rechnung schreiben, müssen die anfallenden Steuern sofort bezahlen. Der Staat selbst lässt sich jedoch Zeit mit der Bezahlung. Die Schulden der griechischen Bevölkerung bei ihrem Staat steigen schnell, unter anderem, weil Altschulden, auch die längst Verstorbener, aufgrund hoher Verzinsung und hoher Strafen sich flott vermehren.²⁷

Im April 2014 platzierte Griechenland zum ersten Mal neue Staatsanleihen und nahm damit drei Milliarden Euro ein. Das Land bezahlt eine auf 4,75 Prozent geschrumpfte Zinsrate für die Anleihen. Die Rückkehr zur Ausgabe eigener Staatsanleihen wird seitens der griechischen Regierung und der Politiker und Medien hierzulande als Beweis interpretiert, dass die Krise vorbei sei, weil das Land „an die Kapitalmärkte zurück gekehrt sei“. Doch die Rezession dauert an, die Staatsverschuldung ist im Vergleich zur Wirtschaftsleistung auf einem Rekordhoch und trotz Kostenvorteilen durch massive Lohnsenkungen konnten griechische Unternehmen ihre Position im internationalen Konkurrenzkampf nicht verbessern. Auch in der ersten Jahreshälfte 2014 schrumpften die griechischen Exporte weiter.

Das Interesse der Anleger basiert darauf, dass eine Quote von 4,75 Prozent in Zeiten niedriger Zinsen profitabel genug erscheint sowie auf der Annahme, dass die EZB erneut einspringt, sollte Griechenland die Kredite nicht bedienen können.

Irland, das angeblich die Krise überstanden hat, hat noch immer eine eigentlich untragbare Staatsverschuldung von 125 Prozent des BIP. 2009, mitten in der

Krise, betrug diese erst 65 Prozent. Die Kapitalisten hingegen haben die Krise wirklich gut überstanden. Ihre Profite sind seit 2007 um 21 Prozent gestiegen, allein 2013 bekamen Anteilseigner 26 Milliarden Euro durch staatlich gestützte Banken und den Staat selbst ausgezahlt.²⁸

Im Jahr 2014 befindet sich die Eurozone am Rand einer Deflation. Die Preise sinken, was zu einem weiterem Niedergang der Investitionen führen wird, weil sich bei sinkenden Preisen nur geringe oder keine Profite machen lassen. Spanien befindet sich bereits in einer Deflation, einem untrüglichen Anzeichen für eine sehr ernst ökonomische Krise.

Krisenprofiteure

Andrej Hunko, Bundestagsmitglied für die Partei DIE LINKE, hat detailliert aufgeschlüsselt, wohin die Gelder aus den „Rettungspaketen“ für Griechenland flossen. Von insgesamt 207 Milliarden Euro gingen lediglich zwölf Milliarden (5,8 Prozent) in den griechischen Staatshaushalt, rund 195 Milliarden (über 94 Prozent) gingen an den Finanzsektor.²⁹ Rund hundert Milliarden davon gingen an die Gläubiger des griechischen Staates und damit direkt an z.B. deutsche und französische Banken, 58 Milliarden wurden zur Rekapitalisierung griechischer Banken verwendet, 34 Milliarden Zinsen wurden bedient.

Der Teilerlass von Schulden im Jahr 2012 wurde „Schuldenschnitt“ genannt und klingt so, als ob eine Last von den Schultern des griechischen Staatshaushaltes genommen worden wäre. Tatsächlich hätte ohne einen Schuldenschnitt gedroht, dass die Schulden überhaupt nicht eingetrieben werden können. Durch die Entlastung wurde die Bedienung der Restschulden garantiert.

Athen wurde durch den Schuldenschnitt zwar hundert Milliarden Euro erlassen, gleichzeitig mussten jedoch dreißig Milliarden neue Kredite aufgenommen werden und mehr Gelder in die griechischen Banken gesteckt werden, da diese durch den Schuldenschnitt auch verstärkt in die Krise gerieten. Die Netto-Entlastung durch den Schulden-Schnitt betrug für Griechenland lediglich 24 Milliarden Euro, während die ausländischen Gläubiger längst abgeschriebene Kredite teilweise eintreiben konnten.³⁰

Der eigentliche Zweck der „Rettungsschirme“ war demnach nicht, Griechenland und die anderen Peripherie-Staaten von der drückenden Schuldenlast zu befreien, sondern die „Rettung“ der Gelder der Gläubiger, darunter auch deutsche Banken und Konzerne und die Stabilisierung der Eurozone als Ganzes.

Anders als es die Schlagzeilen der Boulevard-Medien vermuten lassen, haben „wir“ bisher noch gar nicht für „die Griechen“ bezahlt. Für den deutschen Anteil an den „Rettungspaketen“ hat die Bundesregierung keine Steuergelder verwendet. Sie hat dafür

Geld bei den Banken geliehen, zu – dank Flucht der Anleger in sichere deutsche Staatsanleihen – günstigen ein bis drei Prozent Zinsen und verlieh es weiter an die Krisenstaaten. Dafür werden höhere Zinsen fällig. Beim ersten Rettungspaket musste Griechenland 4,2 Prozent Zinsen zahlen, Irland 5,8 Prozent und Portugal rund 5,7 Prozent. Der Bund verdiente an dieser Zinsdifferenz allein bis Ende 2011 300 Millionen Euro.

Fehlerkorrektur möglich?

Das Kaputt kürzen der Euro-Krisenländer war seitens der Herrschenden vor allem in Deutschland politisch gewollt und voran getrieben. Aus dieser Tatsache leiten reformistische Linke die Idee ab, man hätte ja auch anders können, es wäre ein „Fehler“ der Herrschenden gewesen, den man korrigieren könne, durch Überzeugungsarbeit und andere parlamentarische Mehrheiten. Tatsächlich ist es kein Zufall, dass alle etablierten Parteien in Deutschland hinter dieser Art der „Rettung“ stehen. Die deutschen Kapitalisten werden nicht mehr zum Keynesianismus (nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit größerem staatlichen Eingreifen) der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurückkehren.

Der heutige Kapitalismus basiert, wenn auch von einzelnen keynesianischen Maßnahmen durchsetzt, auf der Intensivierung des Wettbewerbs im Kampf um die nur gering wachsenden Märkte und darauf, den Anteil der Lohnabhängigen weiter zu reduzieren, um die Profite zu sichern. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Deindustrialisierung ganzer Regionen und Länder ist für die jeweils mächtigeren und konkurrenzfähigeren Kapitalisten kein „Fehler“, sondern Kerngeschäft.

Aus dem ökonomischen Terror-Regime, dem Griechenland unterworfen wurde, erwachsen Risiken, sowohl für die griechischen als auch für die internationalen Kapitalisten. Die Klassengegensätze eskalieren, soziale Kämpfe nehmen zu und radikalieren sich, die bürgerlichen Parteien der Mitte verlieren an Unterstützung, die sozialistische Linke wächst, ebenso nationalistische Stimmungen. Offensichtlich haben aber sowohl Merkel als auch Samaras entschieden, dass sie diese Risiken in Kauf nehmen und setzen darauf, dass die sozialen Kämpfe in Sackgassen enden, nutzen sowohl polizeiliche Repression, Rassismus als Ablenkung und Spaltung und das Mittel der Erpressung durch die EU, um die Bewegungen unten zu halten. Ob sie mit ihrer Risiko-Einschätzung recht haben oder sich verkalkulieren, werden die nächsten Jahre zeigen. Bisher geht jedoch das Konzept der herrschenden Klassen insofern auf, dass nirgendwo ihre Herrschaft akut bedroht ist – mit Ausnahme von Griechenland, wo die Linkspartei SYRIZA gute Chancen hat, nach den nächsten Wahlen die Regierung stellen zu können und dann die Möglichkeit hätte, ein sozialistisches Regierungsprogramm umzusetzen.

DIE LINKE UND DIE EU

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die alle Bankenrettungsprogramme, den Fiskalpakt, das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und die anderen EU-Verträge ablehnt. In ihrem Programm zur Europawahl 2014 stellt sie viele Forderungen auf, die auf eine bessere Lebenssituation für die Masse der arbeitenden Bevölkerung, auf einen Ausbau demokratischer Rechte und einen Schutz der Umwelt abzielen. DIE LINKE vertritt in ihren Forderungen eindeutig nicht die Interessen der Banken und Konzerne. Sie stellt sich gegen Nationalismus, Rassismus und Diskriminierung.

Betrachtet man ihre Vorschläge zur Umsetzung ihrer Ziele und Forderungen, muss man jedoch feststellen, dass sie die Macht der Banken und Konzerne und die grundlegende Verfasstheit der Europäischen Union nicht oder nur unzureichend antasten will. Daraus ergibt sich jedoch auch, dass auf diesem Weg die Forderungen der Partei gar nicht dauerhaft zu erreichen sein werden.

Die Positionen zur Euro-Krise, der EU und der Gemeinschaftswährung sind in der Partei umstritten und werden heiß debattiert. Dass das Programm zu den Europawahlen mit einer großen Mehrheit vom Hamburger Parteitag im Februar 2014 angenommen wurde, sollte darüber nicht hinweg täuschen.

In wesentlichen Formulierungen hat sich hier der rechte Parteiflügel um das Forum Demokratischer Sozialismus (FDS), Gregor Gysi und die Spitzenkandidatin für die Europawahl, Gabi Zimmer, durchgesetzt bzw. große Teile der Parteilinken (außer der Antikapitalistischen Linken, dem Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog und der SAV) sind auf einen – faulen – Kompromiss eingegangen.³¹

Diese Auseinandersetzung ist nicht nur von Bedeutung für die Europapolitik und die Arbeit der LINKE-Abgeordneten im Rahmen der Fraktion der GUE/NGL (Europäische Vereinigte Linke/Nordische Grüne Linke) im Europäischen Parla-

ment. Eine Anpassung der außenpolitischen Positionen der LINKEN an die der bürgerlichen Parteien ist eine Voraussetzung um aus Sicht von SPD und Grünen – und der deutschen Kapitalistenklasse – koalitionsfähig auf Bundesebene zu werden. Deshalb streiten die Kräfte in der Partei, die 2017 auf eine rot-rot-grüne Bundesregierung setzen, so vehement für ein Bekenntnis der LINKEN zur EU und zum Euro und stellen die prinzipielle Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Frage. Der Erfolg dieser Kräfte beim Europaparteitag 2014 war deshalb auch ein Schritt in Richtung Regierungsbeteiligung auf Bundesebene.

DIE LINKE betrachtet die EU nicht als ein Bündnis kapitalistischer Staaten, das zur Verteidigung der Interessen dieser Staaten bzw. der in diesen Staaten herrschenden Klassen konzipiert ist, sondern als einen „Gestaltungsraum“, so der Parteivorsitzende Bernd Riexinger.³² Daraus ableitend macht sie nicht grundsätzliche Kritik an und Ablehnung der EU und ihrer Institutionen zum Ausgangspunkt ihrer Europapolitik, sondern richtet ihre Forderungen an die bestehenden EU-Institutionen.

Sie sieht nur den Rückzug aus der EU auf die Nationalstaaten oder die Veränderung der bestehenden EU – als „*Neustart der EU*“ bezeichnet – als Alternativen. Die Möglichkeit einer dritten Alternative, der Schaffung eines neuen sozialistischen Staatenbundes, ist nicht einmal Teil der strategischen Überlegungen der LINKE-Führung.

Tatsächlich fordert DIE LINKE dementsprechend mehr Rechte für das Europaparlament, eine Demokratisierung der EU-Institutionen:

„Wir wollen die Europäische Union demokratisieren. Wir wollen eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament und mit mehr unmittelbarer Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, das endlich gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat entscheidet (...).“³³

Doch die EU ist kein Gestaltungsrahmen, der einfach – je nach politischer Mehrheit im Europaparlament oder den Mitgliedsländern – mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt werden kann. Alleine die Existenz von Europäischer Kommission und Europäischem Rat als nicht gewählten, sondern von den nationalen Regierungen bestimmten, aber mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Institutionen sind Zeugnis dafür, dass eine tatsächliche europaweite Demokratie in dieser EU nicht vorgesehen ist.

Natürlich ist es richtig, im Rahmen der bestehenden EU-Institutionen für eine Ausweitung der Rechte und Einflussmöglichkeiten des Europaparlaments einzutreten. Das sollte aber nicht verwechselt werden mit einer Ausweitung der EU-Kompetenzen im Verhältnis zu den Kompetenzen der Nationalstaaten und

sollte auch nicht dazu führen, dem Europaparlament eine demokratische Qualität zuzuschreiben, die es nicht verdient.

Die Haltung der LINKEN zu EU und Euro ist unterm Strich zu unkritisch und eröffnet einen Raum für rechtspopulistische Euro-KritikerInnen wie die Alternative für Deutschland (AfD). Das gilt umso mehr, weil in den öffentlichen Verlautbarungen des LINKE-Spitzenpersonals die durchaus vorhandenen kritischen Aspekte des Europaprogramms der Partei und die fortschrittlichen Forderungen nur allzu oft hinter allgemeinen Bekenntnissen zu EU und Euro nahezu verschwinden.

Damit verpasst DIE LINKE die Chance, sich bei einem derzeit zentralen politischen Thema unmissverständlich von dem pro-kapitalistischen Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP abzugrenzen und die vielen Menschen, die EU und Euro vor allem aus sozialen und demokratischen Gründen ablehnen bzw. kritisieren, zu erreichen.

Diese Menschen, die in ihrer Mehrheit keine nationalistischen D-Mark-Nostalgiker sind, könnten mit einer linken und internationalistischen EU- und Euro-Kritik, die die Interessen der Arbeiterklassen in Europa in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellt, erreicht werden. Stattdessen müssen wir uns darauf einstellen, dass die AfD bei den Europawahlen einen Erfolg erzielt und auch in anderen Ländern rechtspopulistische Kräfte zulegen werden.

In den europäischen Ländern, in denen keine starke linke Partei vorhanden ist oder sich diese durch die Einbindung in prokapitalistische Regierungen selbst überflüssig gemacht hat, konnten sich rechte, nationalistische und faschistische Kräfte etablieren. In Österreich und Großbritannien gelang es bisher nicht, eine breite linke Partei aufzubauen. Dort können die FPÖ bzw. die UK Independence Party davon profitieren und sich als die wichtigsten Gegner der EU darstellen. In Italien gibt es seit der Regierungsbeteiligung der Rifondazione Comunista Mitte der 2000er Jahre keine starke linke Kraft mehr, so dass alle Arten von Populisten bis hin zu den Rechten von der massiven Unzufriedenheit in der Gesellschaft profitieren können.

Lösung im Rahmen des Systems?

LINKE-Spitzenpolitiker sprechen sich für eine koordinierte europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik, eine gemeinsame Finanzpolitik und für eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten aus. Sie weisen darauf hin, dass die deutsche Niedriglohnpolitik der letzten Jahre die Unterschiede in der Arbeitsproduktivität zwischen den verschiedenen europäischen Volkswirtschaften hat steigen lassen und deshalb eine Angleichung nötig sei.

Sahra Wagenknecht schrieb sogar,

„niemand brauche über ein mögliches Auseinanderbrechen der Währungsunion und Alternativszenarien nachzudenken“, wenn „Deutschland die jahrelangen Lohnsenkungen und Sozialkürzungen durch überproportionale Reallohnsteigerungen, höhere Renten und bessere Sozialleistungen wieder ausgleicht.“⁶³⁴

Wir haben in den ersten Kapiteln dieser Broschüre erklärt, warum die Krise in Europa weder eine europäische noch eine Währungsunion ist, sondern Teil der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems. Sie erwächst aus den Widersprüchen des Systems selbst und nicht aus einer falschen Politik der Regierenden.

Es ist korrekt, dass die von der EU und der Bundesregierung verordnete Austeritätspolitik die Krise in den Staaten der europäischen Peripherie verschärft statt mindert, aber auch diese Verschärfung hat eine kapitalistische Rationalität: die Profite sollen durch eine drastische Senkung der Löhne und Sozialleistungen restauriert werden und gleichzeitig soll getestet werden, wie weit man mit einer solchen zerstörerischen Politik gehen kann ohne eine Revolution zu provozieren.

Die Erkenntnis, dass ein Staatenbund und eine Gemeinschaftswährung nur dauerhaft Bestand haben können, wenn es zu einer wirtschaftlichen und sozialen Harmonisierung kommt, ist richtig. Es ist aber eine Illusion, dass dies im Rahmen einer auf Privateigentum an Banken und Konzernen, Profitlogik und Konkurrenz basierenden kapitalistischen Ökonomie möglich ist. Nicht zuletzt auch, weil der Kapitalismus nicht in der Lage ist, den Rahmen des Nationalstaats tatsächlich zu verlassen.

Auch wenn die wirtschaftliche und politische Integration in der EU weiter fortgeschritten ist, als auch viele MarxistInnen das erwartet hätten, so stehen sich weiter Nationalstaaten mit unterschiedlichen Interessen gegenüber – die letztlich nur zum Ausdruck bringen, dass die großen Banken und Konzerne, und damit auch die Kapitalistenklassen, weiterhin eine nationale Basis haben und ihren jeweiligen Nationalstaat zur Verteidigung ihrer Interessen benötigen.

Um also die von den LINKE-PolitikerInnen geäußerten Ziele zu erreichen, wäre ein Bruch mit den Macht- und Eigentumsverhältnissen und mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise notwendig. Verzichtet man aber auf diese Zielsetzung, landet man dabei faktisch – ob man es will oder nicht – die bestehenden Herrschaftsstrukturen zu stützen. Wenn man dann noch den Euro „retten“ will, landet man bei einer Entsolidarisierung mit den linken Kräften, die den Euro in ihren Ländern – zum Beispiel auf Zypern oder in Griechenland – in Frage stellen.

Im Europawahl-Programm der LINKEN steht zwar, der Kapitalismus sei „*unfähig, die brennendsten Probleme der Menschheit zu lösen*“. Aber dies wird nicht in Verbindung mit der EU gebracht. Die europäische Krise wird laut dem LINKE-Programm als „*Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen*

Union“ gesehen. Die LINKE will laut ihrem Programm eine „*soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen*“, um eine EU zu schaffen, die „*Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert*.“⁶⁵

Weiter heißt es:

„Die Währungsunion muss neu ausgerichtet werden, damit sie nicht die Spaltungen vertieft, sondern die gravierenden Ungleichheiten überwindet und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert.“⁶⁶

Mit einer solchen Politik wird es der LINKEN schwer fallen, ihre Ziele mit dem realen Widerstand gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse in den Ländern Europas zu verknüpfen und ist sie in höchstem Maße gefährdet, zum linken Feigenblatt des EU-Establishments zu werden.

Die „Linke Strömung“ in SYRIZA sieht es klarer:

„Die Eurozone, doch auch die EU lassen sich hier, wo sie angelangt sind, nicht reformieren noch auf ein neues Fundament stellen, sie lassen sich nur stürzen.“

Euro-Bonds und EZB-Kreditvergabe

Die Idee der Euro-Bonds wird nicht nur von vielen in der LINKEN vertreten³⁷, sondern auch von dem Finanzspekulanten George Soros und anderen Vertretern des Kapitalismus, die darin einen Weg sehen, die Krise zu lösen oder zumindest unter Kontrolle zu bekommen.³⁸

Euro-Bonds hieße, dass die Staaten der Eurozone zusätzliche gemeinsame Staatsanleihen ausgeben. Das hätte zur Folge, dass die Zinsen für Staatsanleihen für die Peripheriestaaten sinken und für Deutschland und andere bisher weniger von der Staatsschuldenkrise betroffene Staaten steigen würden. Somit würden auch die Schulden vergemeinschaftet. Offensichtlich treffen hier unterschiedliche Interessen aufeinander. Bisher hat sich vor allem Deutschland gegen die Einführung solcher gemeinschaftlichen Staatsanleihen gewehrt, weil dadurch höhere Zinsen anfallen würden und der eigene Staatshaushalt belastet würde.

Dieser wird potenziell natürlich auch durch EFSF und ESM belastet, wenn auch bisher in der Realität Deutschland daran verdient hat. Letztlich werden die Herrschenden in Deutschland abwägen, ob die Folgen eines Staatsbankrotts in einem Land wie Griechenland oder das Pumpen von Geld zur Verhinderung eines solchen, sich für sie mehr lohnt. Sie werden zu vermeiden versuchen, die Kontrolle durch eine weitgehende Vergemeinschaftung der Schulden abgeben.

Das schließt zwar nicht aus, dass Euro-Bonds in einer begrenzten Form eingeführt werden könnten, aber diese würden nicht die Ursachen der Krise lösen. Entweder reichen sie nicht aus und die hoch verschuldeten Länder müssten weiter

eigene Staatsanleihen zu entsprechend höheren Zinsen auflegen oder aber sie bringen das Weltwährungsgefüge ins Schwanken, weil sie „erfolgreich“ sind und den Dollar schwächen.

Eins können sie nicht: Die tiefer liegenden Probleme schwachen Wirtschaftswachstums und hoher Verschuldung lösen.

Das trifft auch auf die EZB-Direktkredite zu, wie sie von der LINKEN gefordert werden.³⁹ Natürlich ist es absurd und empörend, wenn die Europäische Zentralbank (EZB) Billigkredite an Privatbanken vergibt, die diese dann für teure Zinsen an die Krisenländer weiterreichen. Die Forderung nach einer direkten Kreditvergabe der EZB an Griechenland, Zypern, Portugal etc. ist daher nahe liegend. Aber zu glauben, eine solche Maßnahme würde die Ursachen der Krise angehen und dementsprechend ein Mittel zu einer tatsächlichen Lösung der Krise sein, ist eine Illusion.

Die Staatsschuldenkrise von Ländern wie Griechenland ist nur eine Folge der eigentlichen Krise der kapitalistischen Wirtschaft weltweit. Diese hat in verschiedenen Ländern unterschiedliche Auslöser gehabt und sich auch verschieden ausgeprägt – Platzen der Immobilienblasen in den USA, Spanien, Irland; Bankencrashes in Großbritannien, Rückgang der Produktion in Deutschland 2009 etc.

Die USA haben eine Politik des billigen Geldes betrieben und massiv Kredite der Federal Reserve in die Wirtschaft gepumpt und somit das getan, was Griechenland und anderen Ländern bisher verwehrt blieb, weil diese keine Direktkredite von der EZB bekommen können. Diese Politik hat zwar die Krise in den USA eingedämmt, aber keineswegs gelöst.

LINKE-Politiker wie der gewerkschaftspolitische Sprecher Michael Schlecht, fordern deutliche Lohnerhöhungen in Deutschland, um die durch die Niedriglohnpolitik stark verbesserte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu bremsen, also den Außenhandelsüberschuss zu senken, und anderen EU-Volkswirtschaften so Luft zum Atmen zu verschaffen.

Er fordert also unterm Strich eine Verschlechterung der Wettbewerbssituation für die deutsche Exportwirtschaft. Gleichzeitig verteidigen Michael Schlecht und andere den Euro und argumentieren, dass ein Ende des Euros zu einer Aufwertung einer dann neu einzuführenden nationalen Währung führen – und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne untergraben würde.

Zusammenfassend kann man sagen, dass alle finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die im Rahmen des Kapitalismus stattfinden, nur vorübergehende oder sogar gegenteilige Effekte haben können. Ohne Schritte wie das Streichen der Staatsschulden und die demokratische Verstaatlichung des Bankwesens ist an eine Überwindung der Krise nicht zu denken – und das auch nur, wenn solche

Maßnahmen zu einer Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise insgesamt führen.

Das beschlossene Europa-Programm der LINKEN ist unter dem Strich ein Papier zur Reform dieser kapitalistischen EU. Da es allerdings auch ein Kompromiss-Papier verschiedener Strömungen ist, finden sich dort auch kapitalismuskritische Formulierungen und positive Bezüge auf den Widerstand gegen den sozialen Terror der EU in den Staaten der europäischen Peripherie.

Offener werden die Ziele der EU-Reformierer in einem Positionspapier der Kölner Torsten Löser und Alexander Recht, organisiert im Forum Demokratischer Sozialismus (FDS) bzw. der Sozialistischen Linken (SL), dargelegt. Sie wollen die europäische Krise überwinden durch „eine abgestimmte europäische Lohnpolitik“, „eine abgestimmte expansive Ausgabenpolitik“ und eine „EU-Ausgleichsunion und Wechselkursvereinbarungen zwischen der EU und anderen Teilen der Weltwirtschaft.“⁴⁰

Anders ausgedrückt: Sie setzen darauf, dass die nationalen Kapitalistenklassen a) ihre gegensätzlichen Interessen ablegen und kooperieren und b) dieses nicht nur im Eigeninteresse tun, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Harmonisierung und Stabilisierung der Wirtschaft und ignorieren das Detail, dass das wirtschaftliche und soziale Auseinanderdriften sowohl Voraussetzung und Folge der EU im Konkreten ist als auch Folge jeden Handelns miteinander konkurrierender Kapitalisten.

Aufgrund dieser Haltung, den Kapitalismus technokratisch besser managen zu können als die Kapitalisten, verzichten Löser und Recht auf das Anknüpfen am realen Widerstand gegen EU und Troika. Sie lehnen einen „Schuldenschnitt“ und damit eine zentrale Forderung der Bewegung in Griechenland ab. Eine Streichung der griechischen Schulden wäre eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufbau der dortigen Ökonomie.

Eine auf allgemeiner Vernunft basierende, ausgewogene Wirtschaftspolitik, in der die verschiedenen Banken und Konzerne und die herrschenden Klassen der einzelnen Staaten, auf Profit und Einfluss freiwillig verzichten, kommt der Illusion gleich, man könne in einem Haifischbecken eine gerechte Verteilung des Futters erreichen.

Und der Euro?

Die Haltung zum Euro war und ist in der Partei DIE LINKE, wie auch in der gesamten europäischen Linken, umstritten.

Im Europa-Programm wurde allerdings eine Formulierung für den Erhalt des Euro beschlossen:

„Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt die LINKE nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Kürzungspolitik (Austerität) beendet wird.“⁴¹

Oskar Lafontaine hatte dagegen im Jahr 2013 einen geordneten Ausstieg aus dem Euro und die (Wieder-)Einführung eines europäischen Währungssystems in die Debatte gebracht.⁴²

Die SAV hatte, wie auch die damalige PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus, eine der beiden Quellparteien der LINKEN) und viele weitere Linke, die Einführung des Euro abgelehnt. Unter dem Slogan „*Nein zum EUROpa der Banken und Konzerne*“ hatten wir Anfang der 2000er Jahre Front gemacht gegen die neue Währung, die von den Regierenden und Kapitalisten genutzt wurde, um Sozialstandards und Löhne zu senken.

Wir schrieben damals:

„Muss man nicht als Europäer, zumal als Linker, für den Euro sein? Nein, denn wir sind aus sozialen Gründen gegen den Euro, nicht aus nationalen. Die Voraussetzungen für die Teilnahme an der EWU – die sogenannten Maastrichter Konvergenzkriterien – machten bereits deutlich, für wen der Euro eingeführt werden soll: für Banken und Konzerne. Es wurden nämlich nicht etwa Konvergenzkriterien wie Vollbeschäftigung oder angemessene Löhne vereinbart, sondern monetäre Kriterien. (...) Damit verpflichten sich die Teilnehmerstaaten auf massive Kürzungs- und Deregulierungspolitik. (...) Der Euro wird die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten in verschiedenen Euro-Staaten extrem verschärfen. (...) Der Euro wird die Kluft zwischen armen und besser gestellten Regionen in Europa vergrößern, weil Konkurrenzkampf immer zu Lasten der Schwächeren geht.“⁴³

Unser Ausgangspunkt war auch damals kein nationalistischer. Wir waren und sind keine Fans der D-Mark. Im Gegenteil haben wir immer erklärt, dass eine wirkliche – demokratische und zu sozialem Fortschritt führende – Vereinigung Europas auf Basis der kapitalistischen Profitlogik nicht möglich sein wird.

Wir haben auch davor gewarnt, dass eine gemeinsame Währung zur Steigerung der Profite auf dem Rücken der Bevölkerung dienen wird und darauf hingewiesen, dass diese an den dem Kapitalismus innewohnenden Krisen und den daraus resultierenden nationalen Spannungen scheitern wird – ein Prozess, der mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise seit 2007 eingesetzt hat.

Doch der Euro ist nicht die Ursache der Krise. Ein Blick nach Großbritannien, Island und in die USA reicht, um das festzustellen – denn dort gibt es nationale Währungen und diese Länder sind, wie so viele andere auch, trotzdem von der sich seit 2007 entwickelnden Weltwirtschaftskrise betroffen.

Der Euro spielt allerdings eine Rolle dabei, wie die Euro-Länder mit der Krise umgehen können. Die Regeln der Europäischen Währungsunion und die Tatsache, dass keine Möglichkeit besteht, eine nationale Währung ab- oder aufzuwerten, engen den Spielraum zur Ergreifung von Maßnahmen gegen die Krise ein. Daher ist es kein Wunder, dass in den besonders von der Krise betroffenen Ländern, wie Griechenland und Zypern, eine Diskussion stattfindet, den Euro zu verlassen.

Die Linke in Deutschland muss deutlich sagen, dass diese Opfer der Merkelschen Euro-Politik und der Troika das Recht haben, den Euro zu verlassen – wenn die Bevölkerung es wünscht. Ein Austritt aus der Gemeinschaftswährung bei Aufrechterhaltung der grundlegenden kapitalistischen Struktur von Wirtschaft und Staat, würde aber auch für diese ausgepressten Länder keine Lösung bedeuten.

Sie wären weiterhin den internationalen Märkten ausgesetzt und die Wirkung der dann zu erwartenden Abwertung einer neuen nationalen Währung wäre zwar einerseits eine Verbilligung von Exporten, aber andererseits eine Verteuerung der Importe, ein mögliches Abschneiden von den internationalen Kreditmärkten und eine steigende Inflation.

Es würde indirekt zu einer Verarmung der Bevölkerung kommen, so wie heute direkt durch massive Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen eine Verarmung herbeigeführt wird. Die tiefere Ursache der Krise liegt in den Widersprüchen des Kapitalismus selbst. Es gibt nicht ausreichend profitable Anlagemöglichkeiten in der so genannten Realwirtschaft für die gigantischen weltweit bestehenden Kapitalmengen. Deshalb ist das Kapital zur exzessiven Spekulation übergegangen, die wiederum zu exorbitanter Verschuldung, Aktien- und Immobilienblasen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten führt.

Wie Marx und Engels ausführten, ist der Kapitalismus eine Gesellschaft, in der es zu Krisen aus Überfluss kommt. Der Euro war im wesentlichen der Versuch in einer Situation verschärften internationalen Konkurrenzkampfes eine bessere Wettbewerbssituation für die europäischen Kapitalisten zu erreichen. Es gab also keine Konstruktionsfehler beim Euro, sondern der Euro selber ist Ausdruck der „fehlerhaften“ oder besser: nicht funktionierenden kapitalistischen Wirtschaftsweise

Die Konkurrenz zwischen kapitalistischen Banken und Konzernen und zwischen kapitalistischen Staaten wirkt zerstörerisch – egal ob innerhalb eines Währungsraums oder zwischen Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Währungen. Das würde auch in einem europäischen Währungssystem, in dem die Wechselkurse in einem kontrollierten Rahmen auf- und abwerten könnten, wie Oskar Lafontaine es nun vorschlägt, gelten.

Diese Erfahrung hat Europa bereits hinter sich: in den 1970er Jahren gab es die so genannte „Währungsschlange“, die unter dem Eindruck der ersten Weltwirtschaftskrise nach dem Nachkriegsaufschwung scheiterte. Das 1979 gegründete Europäische Währungssystem (EWS) fiel aufgrund der Rezession im Jahr 1992 auseinander.

Diese Erfahrungen zeigen ebenso wie die gegenwärtige Euro-Krise: In Zeiten wirtschaftlicher Krise setzen sich die Zentrifugalkräfte in Europa durch, weil das kapitalistische System weiterhin in Form nationaler Volkswirtschaften strukturiert ist und die Kapitalistenklassen weiterhin einen nationalen Charakter haben.

Aber auch im Falle von nationalen Währungen haben die starken Volkswirtschaften tausende Mittel und Wege ihre Dominanz auszuüben. Eine nationale Währung mag gewisse Schutzmechanismen ermöglichen, die heute nicht vorhanden sind. Aber die Kehrseite der Medaille wären Inflation, steigende Zinsen zur Kreditfinanzierung etc. für die schwachen Länder und entsprechende Konsequenzen für den Lebensstandard der Bevölkerung. Ein Ende der Austeritätspolitik würde sich daraus nicht ergeben.

Lafontaine selber gibt zu, dass seine frühere Unterstützung für den Euro auf der fatalen Hoffnung basierte, dieser könne „auf allen Seiten ökonomische Vernunft“ erzwingen.⁴⁴ Woher er diese Hoffnung nahm, erklärt er nicht. Warum aber ein Europäisches Währungssystem nun Vernunft in ein System bringen soll, dessen einzige Rationalität in der Profitmaximierung liegt, bleibt wiederum Lafontaines Geheimnis.

Die Positionen sowohl der Euro-GegnerInnen, als auch der Euro-BefürworterInnen in der LINKEN krankten an der illusorischen Vorstellung, man könne durch eine „vernünftige“ Finanz- und Wirtschaftspolitik im Rahmen der auf Macht- und Eigentumskonzentration basierenden kapitalistischen Ökonomie die Entwicklung wirtschaftlicher Ungleichgewichte zwischen unterschiedlich starken Volkswirtschaften verhindern.

Die Antwort auf die Frage nach Euro oder nationalen Währungen muss in einer Gegenfrage bestehen: Wer kontrolliert die Finanzpolitik und die Ökonomie? Wem gehören die Banken und Konzerne? In wessen Interesse wird gewirtschaftet?

Wenn die Arbeiterklasse eines Landes darin erfolgreich sein sollte, eine sozialistische Regierung zu etablieren, die die Banken und Konzerne verstaatlicht, Kapitalverkehrskontrollen einführt, die Zahlung der Auslandsschulden einstellt, den Sozialabbau beendet und massive Investitionsprogramme in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Soziales zur Schaffung von Arbeitsplätzen einleitet – wird ein solches Land wahrscheinlich innerhalb kürzester Zeit aus dem Euro geworfen. Dann muss es natürlich zur Einführung einer eigenen Währung übergehen.

Aber nicht die Währung als solche wäre dann das Mittel zur Krisenbewältigung, sondern die sozialistische Politik einer solchen Regierung. Und diese Politik müsste beinhalten, die Völker Europas dazu aufzurufen, es ihr nachzumachen, die Kapitalisten zu verjagen und einen neuen, sozialistischen und demokratischen Staaten- und Währungsverbund einzugehen.

Wenn heute Volksabstimmungen zur Frage des Euro in irgendeinem Land Europas durchgeführt würden, müssten linke Parteien dazu aufrufen, gegen den Euro zu stimmen. Die Solidarität der deutschen Linken müssten ihnen dann sicher sein. Alles andere wäre eine Stimme für die Fortsetzung der zerstörerischen Troika-Politik unter dem Diktat aus Berlin und Brüssel.

Aber sie müssten gleichzeitig klar machen, dass ein solcher Schritt alleine kein Problem lösen wird. Deshalb ist es sowohl falsch, wenn DIE LINKE sich für „die Rettung des Euro“ ausspricht, als auch wenn andere linke Kräfte einfach nur einen Austritt aus dem Euro fordern. Die Antwort auf die Währungsfrage muss eine sozialistische Beantwortung der Systemfrage sein. Diese Art der Beantwortung beginnt mit einem kompromisslosen Kampf gegen die Austeritätspolitik in ganz Europa.

Das Nein zu Entlassungen, Privatisierungen, Sozialabbau und Abbau demokratischer Rechte darf aber nicht verbunden werden mit der Illusion, man könne dem Kapitalismus Vernunft beibringen oder aufzwingen, sondern muss verbunden werden mit der Idee des Sturzes der Kapitalherrschaft.

EU und Euro sind nicht in einem sozialen Sinne zu reformieren, wie auch das ganze auf Ausbeutung beruhende System nicht sozial umzugestaltet ist. Vor dieser Schlussfolgerung schrecken leider die meisten LINKE-ProtagonistInnen, die sich in dieser Debatte zu Wort gemeldet haben zurück: eine sozialistische Demokratie ist zur alternativlosen Notwendigkeit geworden, um der zerstörerischen Krise ein Ende zu machen.

EIN SOZIALISTISCHES PROGRAMM FÜR EUROPA

Wir haben in dieser Broschüre ausgeführt, dass die Krise in Europa eine Krise des Kapitalismus ist. Ihre Ursachen sind systemisch. Sie liegen in dem auf Profitmaximierung, Privateigentum an Banken und Konzernen und Konkurrenzkampf basierenden kapitalistischen System. Die Krise wird von den Kapitalistenklassen und den ihnen willfährigen Regierungen auf dem Rücken der arbeitenden und armen Menschen ausgetragen. Millionen zahlen mit Erwerbslosigkeit, sinkenden Löhnen, schlechter Gesundheitsversorgung usw. für den Reichtum der Millionäre und Milliardäre.

Austerität heißt das Fremdwort, welches nichts anderes bedeutet als Senkung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung. Die Austeritätspolitik wird von den Herrschenden als Medizin angepriesen, die zwar bitter sei, aber zur Heilung nötig. In Wirklichkeit wirkt die Kürzungspolitik krisenverschärfend, weil sie die Wirtschaft durch die Senkung der Kaufkraft noch stärker abwürgt und die staatliche Schuldenkrise durch geringere Steuereinnahmen in die Länge zieht. Die heilende Wirkung der Austerität beschränkt sich auf die Banken und Konzerne, welche durch die Zerschlagung sozialer Standards ihren Anteil am Volkseinkommen erhöhen können.

Keine der pro-kapitalistischen Parteien - seien sie konservativ, sozialdemokratisch, grün oder liberal – hat ein Konzept, diese Krise zu lösen und den Lebensstandard der Massen wieder zu erhöhen. Keine Partei in irgendeinem europäischen Land. Auch wenn sich Sozialdemokraten und Konservative öffentlich über Wirtschaftspolitik streiten, auch wenn die US-Regierung und der IWF sich beklagen, dass die Austeritätspolitik in Europa zu weit gehe – sie schlagen keinen grundsätzlich anderen Kurs vor.

Eins ist sicher: bleibt der Kapitalismus an der Macht, wird es mehr Krisen und mehr Verschlechterungen für das Leben der Menschen geben. Im Zuge dieser Krisen wird es auch zu weiterem Abbau demokratischer Rechte, Diskriminierung und Spaltungsversuchen und zu einer weiteren Zunahme von militärischen Aggressionen und Kriegsgefahr kommen, wie wir in diesem Jahr in der Ukraine beobachten können.

Die SAV schlägt vor, das Übel an der Wurzel zu packen und einen radikal anderen Weg einzuschlagen: Für eine Politik im Interesse der Millionen statt der Millionäre, für einen sozialistischen Ausweg aus der Krise.

Sozialistische Lösungen scheinen unerreichbar angesichts der Übermacht des Kapitals. Hinzu kommt, dass sozialistische Ideen durch die stalinistischen Diktaturen in Osteuropa und der Sowjetunion diskreditiert wurden und viele Menschen kein Vertrauen darin haben. Doch diese Staaten waren so sozialistisch, wie die katholische Kirche die Werte des Ur-Christentums repräsentiert. Es waren undemokratische Diktaturen einer abgehobenen Bürokratenkaste. Sozialismus hingegen bedeutet größtmögliche Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Politik ist letztlich nichts anderes als Interessenvertretung gesellschaftlicher Gruppen. Die meisten Parteien vertreten die Interessen der Reichen und Superreichen. Sozialistische Politik ist Interessenvertretung für Lohnabhängige, Jugendliche, RentnerInnen. Wir brauchen Regierungen, die eine solche Interessenvertretung betreiben: Regierungen von ArbeiterInnen für ArbeiterInnen.

Voraussetzung dafür, solche Regierungen zu bekommen, ist der Aufbau starker Massenorganisationen der Arbeiterklasse: einer wirklichen Arbeiterpartei, Gewerkschaften und anderer Formen von Selbstorganisation wie Komitees und Räte.

Gemeinsam kämpfen

Das bedeutet jedoch nicht abzuwarten, bis irgendwann solche Massenorganisationen existieren und solche Arbeiterregierungen an die Macht kommen können. Ein sozialistisches Programm zur Verteidigung des Lebensstandards der ArbeiterInnen in Europa beginnt mit dem gemeinsamen Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung und gegen die Austeritätspolitik, die den Menschen von der EU und den nationalen Regierungen aufgezwungen wird.

Es gab in den letzten Jahren vor allem in Südeuropa – Griechenland, Spanien, Portugal, Italien – große Demonstrationen und Streiks gegen die Kürzungspolitik und gegen das Diktat der Troika. In Griechenland gab es seit 2009 37 ein- bzw. zweitägige Generalstreiks. Doch bis auf wenige Ausnahmen waren diese Proteste nicht erfolgreich. Warum?

Die Gewerkschaftsführungen ließen mit begrenzten Streikaktionen nur Dampf ab, organisierten aber keinen wirklichen Kampf, der eine Eskalation von Streikmaßnahmen bis zum Sturz von Regierungen hätte vorsehen müssen. Hinzu kommt, dass die Kämpfe in den einzelnen Ländern oftmals genauso separat voneinander stattfinden, wie die Kämpfe innerhalb der verschiedenen Länder.

Nur am 14. November 2012 gab es eine koordinierte Streikaktion in verschiedenen europäischen Ländern – ausgerufen durch den Europäischen Gewerkschaftsbund. Das war ein ermutigendes Signal für die Menschen in ganz Europa und ließ die Kraft und die Macht der europäischen Arbeiterbewegung aufleuchten. Jedoch – wieder einmal beliebten es die Gewerkschaftsführungen bei einem einmaligen symbolischen Protest.

Ebenso vertreten viele Gewerkschaftsführungen eine Standortlogik, die dazu beiträgt, dass Belegschaften unterschiedlicher Unternehmen bzw. sogar unterschiedlicher Standorte desselben Unternehmens gegeneinander ausgespielt werden. Trauriges Beispiel ist der europaweite Abbau von Arbeitsplätzen und Produktionsstätten bei Opel in den letzten Jahren.

Deshalb muss Druck von unten gemacht werden und die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von unten auf kämpferischer und demokratischer Grundlage wieder aufgebaut werden. Die neue Arbeiterbewegung muss internationalistisch und grenzüberschreitend sein. Statt Standortlogik muss praktische internationale Solidarität organisiert werden – konzern- und standortübergreifend.

Die SAV tritt ein für:

- Kämpferische und demokratische Gewerkschaften mit einem antikapitalistischen Programm
- Den Aufbau von Netzwerken kämpferischer GewerkschafterInnen, um die Führungen unter Druck zu setzen, die Gewerkschaften zu verändern und Kämpfe von unten zu organisieren
- Demokratische Debatten und Entscheidungsprozesse unter Einbeziehung aller Beteiligten in Streiks, Kämpfen und Bewegungen – durch Versammlungen, die Bildung von Streikkomitees, Delegiertenräten etc.
- Den Aufbau sozialistischer Arbeiterparteien, die AktivistInnen verschiedener Traditionen und Strömungen mit ArbeiterInnen und Jugendlichen, die erstmals aktiv werden, im Kampf gegen Austeritätspolitik, Neoliberalismus und Kapitalismus vereinen

Nein zum Verzicht – für ein besseres Leben

Während die Superreichen und ihre Banken und Konzerne nicht wissen, wohin mit ihren Milliarden, wird uns Bescheidenheit und Verzicht gepredigt. Das geht schon lange so und die Gewerkschaftsführungen haben so wenig dagegen gehalten, dass ein löchriger Mindestlohn von 8,50 Euro, der tatsächlich ein Armutslohn ist und über Jahre verzögert eingeführt wird, und schwache Lohnerhöhungen als Erfolge verkauft werden können. Statt sich darauf auszuruhen, muss der Kampf für eine schnelle Erhöhung des Mindestlohns und gegen Ausnahmen organisiert werden.

Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. Die Arbeiterbewegung und die Linken sollten für tatsächliche Verbesserungen kämpfen. Internationale Beispiele dafür gibt es: in den USA kämpfen ArbeiterInnen für eine Verdopplung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 US-Dollar pro Stunde.

Wir schlagen vor, dass der Kampf für diese Forderungen aufgenommen wird:

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich – in Deutschland 30-Stunden-Woche als erster Schritt zur Verteilung der gesellschaftlich sinnvollen Arbeit auf alle
- Deutliche Lohnerhöhungen statt Reallohnverluste. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Für gesetzliche Mindestlöhne, die ein würdiges Leben ermöglichen – in Deutschland zwölf Euro pro Stunde ohne Ausnahmen und sofort.
- Rücknahme aller Kürzungen und Privatisierungen der letzten Jahre.
- Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und der sozialen Sicherungssysteme - Kostenlose Bildung von der KiTa bis zum Studium; Weg mit Zuzahlungen für Medikamente etc.
- Sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke und vollständige Umstellung auf erneuerbare Energieversorgung
- Soziale Mindestsicherung und Mindestrente von 750 Euro plus Warmmiete; Renteneinstiegsalter auf 60 Jahre senken – ohne Abschläge; Rücknahme der Teilprivatisierung der Rentenvorsorge.

Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?

Das ist keine „Wünsch Dir was“-Liste, sondern das Minimum, was wir angesichts des unermesslichen gesellschaftlichen Reichtums und seiner ungerechten Verteilung einfordern sollten. Wer soll das bezahlen? Die Reichen und Superreichen, die Banken und Konzerne.

Alle Regierungen egal welcher Couleur haben eine massive Umverteilung zu Gunsten der Besitzenden vorgenommen. 1960 betrug die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung 6,3 Prozent, die für Vermögen und Gewinne zwanzig Prozent. Heute ist das Verhältnis umgekehrt. Die Löhne sind mit 17,7 Prozent belastet, Vermögen und Gewinne lediglich mit 5,3 Prozent.

Wären die Gewinn- und Vermögensteuern noch auf dem Niveau der siebziger Jahre, hätte der Staat jährlich 70 Milliarden Euro mehr in der Kasse.⁴⁵

Das reicht den Reichen jedoch nicht. Sie hinterziehen Steuern in großem Ausmaß, begünstigt durch den politisch gewollten Mangel an Steuerprüfern in allen Bundesländern. Ein staatlicher Verfolgungsdruck entsteht wie im Fall Hoeneß erst, wenn die Steuerhinterzieher zu sehr über die Stränge schlagen. Die meisten Möglichkeiten zur Steuervermeidung sind ohnehin legal. Nach Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft liegen un versteuerte 400 Milliarden Euro deutsche Vermögen auf ausländischen Konten⁴⁶, jährlich entgehen dem deutschen Staat rund 65 Milliarden Euro Einnahmen alleine durch die illegale Steuervermeidung.⁴⁷

Den Reichen muss das Geld genommen werden, dass die pro-kapitalistischen Regierungen ihnen in den Rachen geworfen haben.

Dazu sind folgende Maßnahmen nötig:

- Einführung einer Millionärssteuer von zehn Prozent
- Einführung eines einfachen Steuersystems von direkten Steuern auf Einkommen, Gewinne, Erbschaften und Vermögen bei starker Progression
- Einführung einer drastischen Steuer auf Finanztransaktionen
- Schließung aller Steuerparadiese und Offshore-Zentren bzw. Verbot dort Gelder anzulegen
- Vollständige Offenlegung aller Finanztransaktionen und Betriebsinterna
- Bei Steuer- und Kapitalflucht: Konfiszierung des Vermögens bzw. Enteignung des Betriebs – Überführung in öffentliches Eigentum, demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung

Nein zur Militarisierung Europas

Die EU ist auch ein militärisches Bündnis. Im Lissaboner Vertrag gibt es ein Aufrüstungsgebot, das die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, ihre militärischen Fähigkeiten zu stärken. Es gibt Verträge zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die zur Bildung einer Reihe militärischer Institutionen geführt haben. Es gibt militärische Einheiten wie die EU-Battlegroups und das Eurokorps. Außerdem besteht eine EU-NATO-Partnerschaft.

Die Militarisierung der EU ist in vollem Gang. Sie dient zur Durchsetzung der ökonomischen und geostrategischen Interessen der kapitalistischen EU-Mitgliedsstaaten im Kampf um Einflussphären, Rohstoffe, Absatzmärkte und Transportwege gegen andere Großmächte.

Die SAV fordert:

- Auflösung aller militärischen EU-Institutionen
- Schluss mit der EU-NATO-Partnerschaft
- Deutschland raus aus der NATO
- Verbot von Rüstungsexporten
- Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und Umstellung auf zivile Produktion

Rettungsprogramm für Menschen statt für Banken

Von allen Seiten hören wir, dass die Staatsverschuldung ein großes Übel sei und unbedingt reduziert werden muss, weil „wir“ ja sonst auf Kosten zukünftiger Generationen leben würden. Und die Zahlen sind tatsächlich atemberaubend. In Deutschland stehen Bund, Länder und Kommunen mit über 2.000 Milliarden Euro in der Kreide und zahlen jährlich über sechzig Milliarden Euro an Zinsen.⁴⁸ Die Schuldenlast von Staaten der europäischen Peripherie wie Portugal und Irland, von Griechenland ganz zu schweigen, sind exorbitant im Vergleich zu ihrer Wirtschaftskraft – und realistisch betrachtet nicht zurückzuzahlen.

Aber die Schulden der einen sind das Vermögen der anderen! Die Kehrseite der Verdoppelung der deutschen Staatsverschuldung seit 1999 ist der Anstieg des Vermögens der Besitzenden. Das private Netto-Vermögen lag 2013 geschätzt bei 6.300 Milliarden Euro⁴⁹. Dieses ist zudem sehr ungleich verteilt. Die reichsten

zehn Prozent besitzen sechzig Prozent dieses Vermögens und damit mehr als die gesamte Staatsverschuldung.

Sie haben vom Anstieg der Staatsverschuldung profitiert, weil sie die Gläubiger der öffentlichen Schuldner sind. Viele dieser Gläubiger sind in der Regel private Banken und Großanleger, die in der Krise von 2009/10 durch die Staaten gerettet wurden – was wiederum die Staatsschulden hat in die Höhe schnellen lassen. Ein teuflischer Kreislauf. Die Schuldenlast wirkt wie ein Mühlstein für die Staaten und ihre sozialen Aufgaben. Ausgabenkürzungen erscheinen als logische Konsequenz, will man die Schulden los werden. Doch dazu gibt es eine Alternative: Statt ESM und Fiskalpakt – Schulden streichen!

Die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale – CWI fordern die Streichung der Staatsschulden für die besonders von der Krise betroffenen Länder, wie Griechenland, Portugal, Irland und Zypern. Das ist die einzige Möglichkeit, für diese Länder eine Perspektive für wirtschaftlichen Wiederaufbau zu entwickeln.

Die Gläubiger, so es denn private Banken und Anleihebesitzer sind, haben sich in der Vergangenheit dumm und dämlich an den Zinszahlungen verdient und gleichzeitig ihre Profite zur Spekulation an den Finanzmärkten benutzt anstatt in Arbeitsplätze und die Schaffung von realen Werten zu investieren. Zum Teil wurden diese Schulden in den letzten Jahren aber von Staaten oder der Europäischen Zentralbank übernommen. Deshalb behaupten einige, eine Schuldenstreichung hätte negative Auswirkungen für die öffentlichen Haushalte anderer Staaten.

Unsere Antwort darauf: Alle Schulden müssen auf den Prüfstand. Auch die Schulden der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Großbritanniens haben dieselbe zerstörerische Wirkung, wie die Schulden Griechenlands – nur noch nicht in demselben Ausmaß. Es mag deshalb weniger leicht nachvollziehbar sein, deren Streichung zu fordern.

Unser Vorschlag:

- Sofortige Streichung aller Schulden, die zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise und zur Bankenrettung seit 2008 aufgenommen wurden; Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit
- Sofortige Einstellung aller Zinszahlungen
- Moratorium auf den Schuldendienst und Einrichtung einer Kommission aus demokratisch gewählten VertreterInnen der Gewerkschaften, von sozialen Bewegungen und Sozialverbänden zur Feststellung des Charakters der Schulden und Erarbeitung eines Vorschlags, welche Schulden bedient und welche gestrichen werden sollen

So kann zum einen verhindert werden, dass Menschen, die zum Beispiel in Rentenfonds eingezahlt haben oder Genossenschaftsbanken, die Staatsanleihen erworben haben, durch einen Schuldenschnitt betroffen würden. Solche Gläubiger könnten im Falle einer Schuldenstreichung entschädigt werden, während die großen Privatbanken und Superreichen keine Entschädigungen erhalten sollten. Grundsätzlich sollte gelten: Entschädigungen im Fall von Schuldenstreichungen und Verstaatlichungen nur bei erwiesener individueller Bedürftigkeit.

Zusammenbruch des Finanzsystems durch Schuldenstreichung?

Die pro-kapitalistischen Politiker und die Banken warnen vor der Einstellung der Schuldenzahlungen durch eines der Euro-Krisenländer. Natürlich tun sie dies, denn ihre geschäftlichen Interessen wären direkt davon betroffen.

Doch auch bis tief in die LINKE gibt es Befürchtungen, solche „unkontrollierten“ Maßnahmen könnten zum Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems führen, was wiederum die Wirtschaftskrise verschärfen und die Masse der Bevölkerung hart treffen würde. Reformistische Kräfte in der LINKEN hoffen immer noch darauf, den Kapitalismus regulieren und damit besser managen zu können als die Kapitalisten selbst.

Doch für große Teile der lohnabhängigen Bevölkerung in Griechenland ist der Zusammenbruch, der Absturz ins Bodenlose, längst erfolgt. Ein nachhaltiger wirtschaftlicher Wiederaufbau ist auf Basis der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse undenkbar. Eine linke Regierung in Griechenland, die ernsthaft die Interessen der Menschen vertreten will, käme nicht umhin, entschieden zu handeln und die Zahlung der Zinsen sowie die Abzahlung der Kredite zu stoppen.

Wenn Linke in Westeuropa die Einstellung der Schuldenzahlung als „unverantwortlich“ bezeichnen oder dies unterstellen, behindern sie die Entwicklung von Solidarität mit den Kämpfern in den Euro-Krisenländern. Die Frage der Schuldenstreichung wird in Griechenland nicht erst relevant, wenn eine linke Regierung ins Amt kommt, sondern spielt schon in der Formierung des Widerstandes heute eine wichtige Rolle.

Das derzeitige Weltfinanzsystem ist gefährlich für die Weltbevölkerung und die Weltwirtschaft. Es schafft keine Werte, sondern reißt Millionen Menschen im Krisenfall ins Elend. Die vielfältigen hochspekulativen Finanzprodukte wie Derivate sind „*Massenvernichtungswaffen*“, wie es der US-Investor Warren Buffet formulierte.⁵⁰ Dieses Finanzsystem gehört zerschlagen, so wie eine kriminelle Vereinigung zerschlagen werden muss! Dann kann das Finanzwesen auf demokratischer Grundlage neu strukturiert werden. Denn tatsächlich würden Schuldenstreichungen und

Steuererhöhungen für sich genommen noch kein ausreichendes Mittel sein, um die Krise in den Griff zu bekommen. So lange die profitorientierte und spekulative Wirtschaftsweise des Kapitalismus fortgesetzt wird, werden sich die Probleme reproduzieren. Das System wird, auf der Grundlage begrenzter Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft, erneut spekulative Finanzprodukte hervorbringen, was wiederum Banken Krisen, Bankenrettungen und steigende Staatsverschuldung zur Folge hätte. Einen Kapitalismus ohne „Nebenwirkungen“, wie ihn sich manche Linke wünschen, gibt es nicht.

Deshalb müssen als erstes das gesamte Finanzwesen, also alle privaten Banken und Investmentgesellschaften, enteignet und in demokratisches, öffentliches Eigentum überführt werden. Durch eine demokratische Kontrolle und Verwaltung durch gewählte VertreterInnen der Bankangestellten, Bankkunden, Gewerkschaften und des Staates muss dafür gesorgt werden, dass alle spekulativen Tätigkeiten beendet werden und das Bankgeschäft auf das zurückgeführt wird, wozu es sinnvoll ist: Kreditvergabe an öffentliche Investoren, Einzelpersonen und Unternehmen, um Konsum und Investitionen zu ermöglichen. Sparguthaben von einfachen Leuten könnten gerettet werden.

Tatsächlich würde dadurch der Spekulationssumpf trocken gelegt und gleichzeitig die Kreditvergabe zu günstigen Zinsen an kleine und mittelständische Betriebe ausgeweitet, denn aufgrund der wirtschaftlichen Instabilität existiert weiterhin weitgehend eine so genannte Kreditklemme. Das bedeutet, dass Banken zwar an den Finanzmärkten spekulieren, aber wenig Kredite in die so genannte Realwirtschaft vergeben. Wieso aber die maroden Banken verstaatlichen? Viele Linke fordern, dass Banken pleite gehen sollen statt gerettet zu werden. Eine Bank geht im Zweifelsfall pleite, wenn sie auf zu vielen faulen Krediten sitzt und selber nicht mehr in der Lage ist, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen. In einem Insolvenzverfahren würde dann geklärt, welche Gläubiger wie viel Geld erhalten, wer leer ausgeht etc.

Es ist aber viel sinnvoller diese Entscheidungen nicht auf Basis einer betriebswirtschaftlichen Perspektive – Bank für Bank – zu treffen, sondern auf Basis gesellschaftlicher Sinnhaftigkeit. Dann kann sicher gestellt werden, dass keine Kleinanleger ihre Ersparnisse verlieren, sondern sie entschädigt werden, während gleichzeitig Banken, Konzerne und die Reichen für die Krise zahlen, die sie auch verursacht haben.

Um eine Kapitalflucht zu verhindern, müssten unmittelbar Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden. Dadurch würde nicht nur verhindert, dass privates Kapital außer Landes geschafft wird. Dadurch würde auch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass solches Kapital besteuert oder konfisziert werden kann, um im gesellschaftlichen Interesse eingesetzt zu werden. Dass Kapitalverkehrskontrol-

len auch in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung möglich sind, hat die EU im Jahr 2013 auf Zypern selber unter Beweis gestellt.

Auf der Basis dieser Maßnahmen – Schuldenstreichung, Kapitalverkehrskontrollen und massiver Besteuerung von Gewinnen und Vermögen – können öffentliche Investitionsprogramme aufgelegt werden, die zur Schaffung von Hunderttausenden und Millionen Arbeitsplätzen dienen können und in den Bereichen Umwelt, Bildung, Gesundheit zu massiven Verbesserungen führen können. In Ländern wie Griechenland könnte durch solche Investitionsprogramme auch die Deindustrialisierung der letzten Jahre und Jahrzehnte rückgängig gemacht und die Volkswirtschaften wieder stärker auf eigene Beine gestellt werden

Konsequent sein – Kapitalismus abschaffen

Stellen wir uns vor, in einem europäischen Land würde eine linke Regierung ins Amt kommen und eine solche Politik umsetzen. Das ist gar nicht so abwegig, denn in Griechenland hat die Linkspartei SYRIZA beste Chancen bei den nächsten Parlamentswahlen eine Mehrheit zu erringen. Was würde geschehen?

Die Reichen und Mächtigen, also die Kapitalisten, eines solchen Landes würden Sturm laufen und Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um eine solche Politik zu verhindern bzw. eine linke Regierung wieder zu Fall zu bringen. Dazu haben sie einige Mittel: sie könnten Kapital abziehen, einen Investitionsboykott starten, Produktion ins Ausland verlagern. Mit Sicherheit würden ihnen die internationalen Institutionen des Kapitalismus zur Hilfe kommen: IWF, Weltbank, EU. Diese würden versuchen, Hilfsleistungen einzustellen, im Falle einer Euro-Mitgliedschaft des Landes würde diese in Frage gestellt, sogar Wirtschaftssanktionen oder eine Blockade wie gegen Kuba sind denkbar.

Das macht zweierlei deutlich: Erstens kann eine linke Bewegung angesichts der tiefen Krise des Systems und der notwendigen weitgehenden Maßnahmen, um diese zu überwinden, nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die Kapitalisten müssen tatsächlich entmachtet werden. Zweitens wird es dauerhaft keine Lösung in einem Staat alleine geben – eine internationale Veränderung der Gesellschaft ist nötig. Aber diese kann in einem Land begonnen werden.

Notwendige Gegenmaßnahmen einer Arbeiterregierung wären unter anderem:

- Einführung von Kapitalverkehrskontrollen
- Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols

- Verstaatlichung der großen Konzerne und Versicherungsgesellschaften unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung

Sollte das betroffene Land Teil der Euro-Zone sein, müsste es sich darauf einstellen, dass es aus der Europäischen Währungscommunity ausgeschlossen wird und sich auf die Einführung einer eigenen, nationalen Währung vorbereiten.

Der Staat

Im Falle der Machtergreifung einer sozialistischen Regierung, die an die Abschaffung des Kapitalismus ginge, würden die herrschenden Klassen nicht nur ökonomische Gegenmaßnahmen ergreifen, sondern wahrscheinlich auch versuchen durch Polizei und Militär oder/und rechtsextreme Gruppierungen, eine neue Regierung zu destabilisieren bzw. zu Fall zu bringen.

Dem müsste durch eine Auflösung der alten staatlichen Strukturen begegnet werden und durch eine Ersetzung dieser durch neue, tatsächlich demokratische Staatsstrukturen. Demokratisch gewählte Komitees bzw. Räte in den Betrieben und Nachbarschaften könnten dafür die Basis legen. In diesen müsste das Prinzip der jederzeitigen Wahl- und Abwählbarkeit gelten und gewählte VertreterInnen dürften nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher Facharbeiter – um zu verhindern, dass VolksvertreterInnen „abheben“ und eigene materielle Privilegien statt der Interessen der WählerInnen verfolgen.

Solche Komitees/Räte könnten sich regional und landesweit vernetzen und aus ihren Reihen Regierungsorgane bilden. Sie könnten auch neue Organe bewaffneter Macht bilden – demokratische Milizen – die zur Verteidigung der neuen Ordnung gegen rechtsextreme Provokationen oder äußere Aggressionen eingesetzt werden könnten, wenn dies nötig sein sollte.

Auf dieser Basis könnte planmäßig an einen wirtschaftlichen Wiederaufbau heran gegangen werden. Die Ressourcen des Landes könnten zum Wohl der Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt, die unmittelbar größte Not gelindert werden. Auf sich alleine gestellt, hätte es aber jede Arbeiterregierung auf Dauer schwer gegen ein feindliches Umfeld zu bestehen. Deshalb wäre es dringend, alles daran zu setzen, dass andere Länder folgen. Eine sozialistische Regierung in einem Land Europas müsste Kraft und Energie investieren, um den Aufbau der sozialistischen Bewegung in anderen Ländern zu befördern.

Und umgekehrt wäre es Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung Solidaritätskampagnen zu organisieren, die – je nach konkreter Lage – sich für wirtschaftlichen Handel mit dem entsprechenden Land, für Lieferung von Hilfsgütern, aber vor allem direkte politische Solidarität einsetzen würden. Wesentlich wäre aber der Kampf für sozialistische Veränderungen in anderen Ländern. Auf dieser Grundlage könnte eine Föderation sozialistischer Staaten in Europa gebildet werden, die auf der Basis von demokratisch koordinierter wirtschaftlicher Planung die Ressourcen und die Wirtschaft ihrer Länder im Interesse von Mensch und Natur einsetzen und aufbauen würden.

Das wäre kein „Neustart der EU“, keine Reform der bestehenden EU-Institutionen, kein Bündnis der reichen Eliten verschiedener Länder, sondern eine grundlegend andere Form von Staatenbund, gesellschaftlicher Organisation und Wirtschaftsweise – demokratisch und solidarisch.

Ein solches Programm vertritt derzeit leider keine der großen Parteien oder Gewerkschaften, auch nicht DIE LINKE oder andere Mitgliedsorganisationen der Europäischen Linken. Mitglieder der SAV und ihrer Schwesterorganisationen in ganz Europa und über 40 Ländern weltweit, setzen sich in linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für ein solches Programm ein – als Vorschlag zur Überwindung der Krise des Kapitalismus, die unweigerlich zu verstärkter Ausbeutung, zu Umweltvernichtung und zu Kriegen führt.

Die Linke darf sich nicht darauf beschränken, den Kapitalismus reparieren zu wollen, sie muss bereit sein, ihn abschaffen. EU und Euro sind Werkzeuge dieses Systems, geschaffen, um den herrschenden Klassen in Europa, zu erleichtern, eine Politik zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen zu organisieren und zu begründen. Der Euro ist nicht die Krisenursache, auch ohne eine gemeinsame Währung wäre Europa in der Krise. Allerdings ist es eine Illusion, grundlegende Verbesserungen durchsetzen zu können, wenn man sich in dem Rahmen bewegt, den die Herrschenden bereit halten.

Eine konsequente Linke muss sich gegen dieses Europa der sozialen und nationalen Spaltung wenden, Europa muss von unten, durch die Masse der Bevölkerung neu aufgebaut werden, gegen die herrschenden Eliten und ihre Institutionen.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Forderungen der SAV zu Europa

- Europaweiter Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierung und Sozialabbau – Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Ländern
- Die Reichen sollen zahlen: Für eine Millionärssteuer von zehn Prozent, eine drastische Finanztransaktionssteuer und die Einführung eines einfachen Steuersystems von direkten Steuern auf Einkommen, Gewinne, Erbschaften und Vermögen bei starker Progression
- Öffentliche Investitionen zur Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt, Gesundheit und zum Wiederaufbau der Industrie in den Peripherie-Staaten
- Streichung der Schulden der besonders von der Krise betroffenen Staaten
- In Deutschland: Moratorium auf den Schuldendienst und Einrichtung einer Kommission aus demokratisch gewählten VertreterInnen der Gewerkschaften, von sozialen Bewegungen und Sozialverbänden zur Feststellung des Charakters der Schulden und Erarbeitung eines Vorschlags, welche Schulden bedient und welche gestrichen werden sollen
- Bei Schuldenstreichung: Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit
- Verstaatlichung aller Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung
- Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und eines staatlichen Außenhandelsmonopols
- Verstaatlichung der großen Konzerne und Versicherungsgesellschaften unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung
- Nein zur tödlichen Grenze im Mittelmeer – FRONTEX abschaffen; Bleibe-recht und gleiche Rechte für Alle
- Nein zum Europa der Aufrüstung – Stopp aller Waffenexporte, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Nein zum Freihandelsabkommen mit den USA. Verbraucher- und Umweltschutz stärken
- Nein zur kapitalistischen EU – für eine demokratische, sozialistische Föderation europäischer Staaten auf freiwilliger und gleichberechtigter Basis

Weltweit für Sozialismus: Das Komitee für eine Arbeiterinternationale

Die SAV ist Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (engl. Abkürzung CWI von Committee for a Workers' International). Das 1974 gegründete CWI hat Mitgliedsorganisationen und UnterstützerInnen in über 40 Ländern auf allen bewohnten Kontinenten der Erde.

Das CWI setzt sich weltweit für den Aufbau einer sozialistischen Arbeiterbewegung, für grenzüberschreitenden Widerstand gegen die Angriffe der Kapitalisten auf Rechte und Lebensstandard der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten und für internationale Solidarität ein. Das CWI ist aktiver Bestandteil von Bewegungen gegen Kriege, Vertreibungen und Diskriminierungen.

Im Europäischen Parlament vertritt das CWI-Mitglied Paul Murphy die Socialist Party Irlands. Wie alle Abgeordneten von CWI-Mitgliedsorganisationen lebt er von einem durchschnittlichen Facharbeitereinkommen und spendet den Rest der überhöhten Abgeordnetendiät, die er erhält, an die Arbeiterbewegung. Er nutzt das Parlament als Bühne zur Propagierung von Kämpfen und organisiert internationale Solidarität – zum Beispiel mit den Ölarbeitern Kasachstans oder als Teilnehmer der zweiten Gaza Flotilla mit dem palästinensischen Volk.

In Großbritannien steht die Socialist Party an der Spitze der Bemühungen für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei – zusammen mit der Eisenbahnergewerkschaft RMT und anderen linken Kräften in der Trade Union and Socialist Coalition (TUSC), in den Gewerkschaften und Jugendbewegungen.

In Griechenland hat die Internationale Sozialistische Organisation Xekinima die „Initiative der Eintausend“ ins Leben gerufen, die sich für eine Zusammenarbeit der griechischen Linken und für eine SYRIZA-Regierung auf Basis eines sozialistischen Programms ausspricht und linke AktivistInnen aus verschiedenen Organisationen in einem Diskussions- und Kooperationsprozess zusammen bringt. Gleichzeitig spielen Xekinima-Mitglieder eine wichtige Rolle beim Aufbau der Antifaschistischen Komitees in vielen Städten.

In den USA wurde die Kandidatin der Socialist Alternative in Seattle, Kshama Sawant, im Jahr 2013 mit 100.000 Stimmen in den Stadtrat gewählt und ist damit die erste Sozialistin seit vielen Jahren, die in ein solches Amt gewählt wurde. Sie nutzt diese Position nun für eine Massenkampagne zur Durchsetzung eines Mindestlohns von 15 Dollar pro Stunde.

In Südafrika haben Mitglieder der Democratic Socialist Movement im Jahr 2012 die Initiative zur Vernetzung der Bergarbeiterstreiks in einem Nationalen Streikko-

mitee ergriffen und daraus die Gründung der Workers and Socialist Party (WASP) voran getrieben. Die WASP ist die einzige linke Alternative, die bei den Parlamentswahlen im Mai 2014 antritt.

In Russland beteiligen sich CWI-Mitglieder an den Protesten gegen die militaristische Außenpolitik des Putin-Regimes und sind aktiv im Kampf für die Rechte von Homosexuellen.

In Ländern wie Israel und Palästina, Sri Lanka und Irland treten die Sektionen des CWI für die Einheit der Arbeiterklasse unabhängig von nationaler oder religiöser Zugehörigkeit, gegen Diskriminierung und für Selbstbestimmungsrechte von Minderheiten ein.

Das sind nur einige Beispiele für die Aktivitäten des CWI. Das CWI ist eine tatsächlich internationale Bewegung für den Sozialismus, demokratisch aufgebaut, weltweit solidarisch und kämpferisch!

Ideen für den Widerstand

www.sozialismus.info/abo



**Solidarität - Sozialistische Zeitung
und sozialismus.info - Magazin für
marxistische Theorie und Praxis
abonnieren**



Broschüren und Bücher aus dem shop.sozialismus.info



Es muss nicht bleiben wie es ist
Frauen und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft
Buch von Christine Thomas. 143 Seiten, 7€



Die Pariser Kommune
Im Anhang: Texte von Engels, Lenin und Trotzki
Buch von Steve Kühne. 162 Seiten, 7,50€



Das Verschwinden der WASG
Lehren aus drei Jahren WASG für die Zukunft der LINKen
Broschüre von Lucy Redler. 58 Seiten, 3€



Kapitalismus? Widerstand!
Für sozialistische Demokratie weltweit!
Wer wir sind & was wir wollen
Broschüre. 36 Seiten, 3€



Stoppt Nazis & Rassisten!
Ein Programm für den Kampf gegen Rechts
Broschüre. 31 Seiten, 3€



Wie das Umwelt-Desaster stoppen?
Ein sozialistisches Programm gegen die globale Krise
Broschüre. 28 Seiten, 3€

Zu bestellen über: shop.sozialismus.info | info@sav-online.de | SAV Bundeszentrale, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin | Preise zzgl. Versand

- 1 G. Ledebour. Verhandlungen des Reichstags. XII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 266. Stenographische Berichte, Berlin 1911, S. 6142/6143
- 2 „Neue Zeit“ vom 28. April 1911
- 3 Rosa Luxemburg, Friedensutopien, 1911
- 4 Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, 1915
- 5 Leo Trotzki: Über die Aktualität der Parole "Vereinigte Staaten von Europa"
- 6 Handelsblatt, 1.11.1993
- 7 Sascha Stanicic, Empire oder Imperialismus, in: Die Ideen von Seattle und Genua, Berlin, 2002
- 8 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gehaltsentwicklung-in-deutschland-reallo-ohne-niedriger-als-im-jahr-1.1598540>
- 9 Zitiert nach Spiegel Online,
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/gauck-macht-griechen-mut-zu-weiteren-reformen-a-957150.html>
- 10 http://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise_ab_2010
- 11 http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/1471337/Krise_Die-griechische-Zeitbombe
- 12 <http://www.welt.de/politik/ausland/article114430742/Griechische-Schueler-werden-vor-Hunger-ohnmaechtig.html>
- 13 <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/folgen-der-griechenland-krise-sos-aus-dem-kinderdorf-a-814978.html>
- 14 Zitiert nach Spiegel Online,
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/studie-sparkurs-hat-verheerende-folgen-fuer-gesundheit-der-griechen-a-954879.html>
- 15 RT. <http://rt.com/business/greece-international-creditors-bailout-017/>
- 16 <http://de.euronews.com/2010/05/27/spanien-parlament-billigt-sparpaket/>
- 17 <http://nohouseholdtax.org/>
- 18 <http://www.socialistworld.net/doc/6645>
- 19 <http://www.socialistworld.net/doc/6616>
- 20 <http://www.theguardian.com/commentisfree/2011/nov/18/ireland-budget-germany-leak>
- 21 <http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/athen-verbietet-tarifverhandlungen-56020323.html>
- 22 Das Kapital, Band 3, v.a. Kapitel 25 und 29
- 23 "Wie das deutsche Kapital vom Euro profitierte", Solidarität Nr. 107
<http://www.sozialismus.info/2011/11/14516/>
- 24 Ebd.
- 25 http://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Staatsschuldenkrise_ab_2010
- 26 „Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt“; S. 27.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012
- 27 <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41209/1.html>
- 28 <http://www.socialistworld.net/doc/6600>
- 29 <http://www.andrej-hunko.de/wahl/1686-neues-griechenland-paket-bisher-ging-fast-das-gesamte-geld-in-den-finanzsektor>
- 30 „Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt“; S. 27.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012
- 31 <http://www.sozialismus.info/2014/02/die-linke-nach-dem-europaparteitag/>

- 32 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/920216.eu-wahlprogramm-riexinger-fue-r-jede-verbesserung-offen.html>
- 33 <http://www.die-linke.de/wahlen/europawahlen-2014/europawahlprogramm/>
- 34 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/820665.kein-bedingungsloses-bekanntnis-zum-euro.html>
- 35 <http://www.die-linke.de/wahlen/europawahlen-2014/europawahlprogramm/langfassung/>
- 36 Ebd.
- 37 <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/waehrungsunion-braucht-doppel-pack-eurobonds-wirtschaftlicher-kooperation/>
- 38 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/plaedoyer-fuer-eurobonds-soros-ermahnt-die-deutschen/8872762.html>
- 39 <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/ezb-pulver-fast-verschossen/>
- 40 <http://torstenloeser.wordpress.com/2014/01/12/fur-eine-waehrungsunion-2-0-zu-aspekten-europaischer-finanzpolitik-der-linken/>
- 41 <http://www.die-linke.de/wahlen/europawahlen-2014/europawahlprogramm/langfassung/>
- 42 <http://www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/f/1/t/wir-brauchen-wieder-ein-europaeisches-waehrungssystem/>
- 43 Marxistische Zeitung VORAN, Mai 2001
- 44 <http://www.oskar-lafontaine.de/links-wirkt/details/f/1/t/wir-brauchen-wieder-ein-europaeisches-waehrungssystem/>
- 45 ver.di-Broschüre „Konzept Steuergerechtigkeit“, Berlin 2004
- 46 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/recht-steuern/steuern/bankgeheimnis-gekippt-es-geht-um-milliarden-fuer-den-deutschen-fiskus/9651448-2.html>
- 47 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-02/steuerhinterziehung-bundeslaender>
- 48 <http://www.dw.de/staat-senkt-schulden-um-34-milliarden-euro/a-17116404>
- 49 <http://www.rp-online.de/wirtschaft/finanzen/63-billionen-vermoegen-der-deutschen-hoechst-ungleich-verteilt-aid-1.4065165>
- 50 http://de.wikipedia.org/wiki/Warren_Buffett